

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 19. November 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.

II.

In Nr. 265 haben wir gesehen, wie sehr das Strafgesetzbuch an Wichtigkeit für die Verbrechensbekämpfung hinter einem wirklich sozialpolitischen Gesetzbuche zurücksteht. Aber auch wenn wir davon absehen, darf die relative Wichtigkeit eines Strafgesetzbuches nicht überschätzt werden. Viel wichtiger als ein Strafgesetz ist die Art seiner Handhabung, insbesondere die Tatsache, wer es auslegen und anzuwenden hat.

Wie wir in dieser Beziehung in Deutschland daran sind, ist allen Parteigenossen bekannt. Nur eine hermetisch abgeschlossene Kaste der Bevölkerung wird hier zum Richteramt berufen, eine Kaste, die aufgewachsen ist in den Anschauungen der herrschenden Klassen, die mit diesen lebt und strebt und an allen Ecken und Enden von ihnen abhängig ist. Wir wissen, daß es unseren Richtern selbst bei bestem Willen unmöglich ist, unparteiisch zu sein, sobald irgendwie das Interesse der herrschenden Klasse in Frage steht.

Freilich, die Begründung des Entwurfs weist mit Entschiedenheit jedes Mißtrauen gegen den deutschen Strafrichter zurück. In dem lapidaren Stile des preussischen Staatsanwalts heißt es dort (S. XI): „Die Bevölkerung hat weder einen triftigen Grund zu einem solchen Mißtrauen, noch hegt sie es.“ Damit basta! Zur Beschwichtigung wird dann noch hinzugefügt: „Und wo es unberechtigterweise vorhanden wäre, müßte ihm durch die im Gebiet der Gerichtsverfassung bereits dem Reichstag vorgelegene erweiterte Zugehörigkeit des Laienelements jeder Boden entzogen werden.“ Nun ist es allerdings richtig, daß der erwähnte Entwurf einer Strafprozessordnung und Gerichtsverfassung — der übrigens insofern eine frappante Ähnlichkeit mit dem Vorentwurf zum Strafgesetzbuch hat, als beide Entwürfe sich überall bemühen, ihre reaktionären Wunden durch ein möglichst modern schillerndes Gewand zu bedecken — eine Ausdehnung des Laienrichtertums vorsieht. Aber zunächst ist bei uns Laienrichtertum noch lange kein Volksrichtertum. Auch unsere Laienrichter sind siebenfach gesiebt, auf daß ja kein Unberufener die Kreise der bürgerlichen Rechtspflege störe. Und dann: wenn wirklich mal ein Laienrichterspruch den Machthabern nicht gefällt, so bleibt ihnen ja noch der Appell an die zweite Instanz, die sich auch nach dem Entwurf der neuen Strafprozessordnung und Gerichtsverfassung ausschließlich aus Berufsrichtern zusammensetzt.

Wie verständnislos und feindselig unsere bürgerlichen Richter dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse gegenüberstehen, dafür bringt die Gerichtschronik täglich Beispiele, Beispiele die uns klar machen, wie sehr unser Programmpunkt: „Rechtssprechung durch vom Volk gewählte Richter“ alle unsere übrigen strafrechtlichen Forderungen überragt. Bis zur Verwirklichung dieses Programmpunktes haben wir an jedes Strafgesetz mit äußerstem Mißtrauen heranzutreten. Wir haben uns bei der Prüfung der Annahmbarkeit eines solchen nicht zu fragen: wie ist es auszulegen? sondern: wie kann und wird es von den Feinden der Arbeiterklasse gegen dieselbe ausgelegt werden? Daraus geht schon hervor, daß von unserem Standpunkte aus ein Strafgesetzbuch keinen größeren Fehler haben kann als den der Dehnbarkeit seiner Bestimmungen. Wie da unser Urteil lauten muß über den neuen Entwurf, der, wie noch zu zeigen sein wird, nichts ist als in Paragraphenform gegossener Rautschuk, und dem seine Wäter selbst die „Elastizität“ seiner Bestimmungen nachrühmen (S. X der Begründung), ist nicht schwer zu ergründen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits zu den Fragen der Strafrechtsreform Stellung genommen. Auf dem Mannheimer Parteitage hat sie sich nach dem trefflichen Referate des Genossen Haase dessen Thesen zu eigen gemacht. Es dürfte angebracht sein, ehe im einzelnen zu den Bestimmungen des neuen Entwurfs Stellung genommen wird, die dort formulierten nächsten Forderungen der Partei auf dem Gebiete des Strafrechts ins Gedächtnis zurückzurufen. Als solche Forderungen werden in der genannten Resolution aufgestellt:

1. Eintritt der Strafmündigkeit frühestens mit dem vollendeten 16. Lebensjahre.
2. Beseitigung aller dehnbaren Bestimmungen aus dem Strafgesetzbuch und scharfe Präzisierung der Strafvorschriften.
3. Beseitigung aller Strafbestimmungen gegen die freie Meinungsäußerung und das freie künstlerische Schaffen sowie gegen die Bestrebungen auf Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse. Dagegen Schutz der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Erweiterung des Sozialrechts.
4. Aufhebung des Landesstrafrechts (der Landesgesetzlichen Forst- und Felddiebstahlsgeetze, der Ausnahmegetze gegen Landarbeiter und Gefinde), Reichsgesetzliche Regelung des Polizeistrafrechts unter genauer Begrenzung der Polizeibefugnisse und Eindämmung der Polizeivillkür. Abschaffung der Strafen wegen Bettelns, Landfriedens, Nichtbeschaffung eines Obdach, Anerkennung und Sicherung des Rechts auf Streikpostenstellen.
5. Abschaffung der Todesstrafe. Beseitigung aller Mindeststrafmaße. Zulassung mildernder Umstände bei allen straf-

baren Handlungen. Mildere Bestrafung der Eigentumsvergehen. Bestrafung der Entwendung von Verbrauchsgegenständen zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse sowie von Arbeitsmaterialien gar nicht erheblichen Wertes nur als Uebertretung. Weitgehende Zulassung der bedingten Verurteilung. Zulässigkeit der Geldstrafe für alle strafbaren Handlungen an Stelle der kurzzeitigen Freiheitsstrafe. Unzulässigkeit der Umwandlung einer unreinziehbaren Geldstrafe in Freiheitsstrafe. Festsetzung einer mäßigen Maximalhöhe für die Geldstrafe bei Uebertretungen; Bemessung nach der Höhe des Einkommens bei allen anderen strafbaren Handlungen.

Beseitigung des Rechts auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde und auf Stellung unter Polizeiaufsicht.

Von diesen wohlberechtigten Forderungen, die noch längst keine vollständige Aufzählung unserer Wünsche sind, ist in dem neuen Entwurfe buchstäblich keine einzige verwirklicht. Dies darf uns kaum wundernehmen, wenn wir uns die Entstehung des Entwurfs vor Augen halten. Seine Väter sind fünf hochbeamtete Bureaufüranten, hauptsächlich der Ministerialdirektor Lucas, ein ehemaliger Staatsanwalt. Der einzige von diesen, der noch eines Anfluges moderner Gesinnung verdächtig ist, Dr. v. Tschendorff, wurde bald aus der Kommission eliminiert. Bei der Ausarbeitung des Entwurfs ist sorgsam auf die Stimme jedweder bürgerlichen Kritik geachtet worden; die sozialdemokratische Kritik ist völlig unbeachtet geblieben. Von den unzähligen Literaturnachweisen in den beiden Bänden der Begründung weist kein einziger auf eine sozialdemokratische Schrift hin!

Das erste, was man von einem Strafgesetzbuch zu fordern berechtigt ist, dürfte sein, daß es wirklich eine Kodifikation des geltenden Strafrechts ist. Von dem Ehrgeiz, eine solche Kodifikation zu schaffen, hat sich die Kommission gründlich frei gemacht. Auch nicht einmal der Versuch einer solchen ist gemacht, vielmehr bleibt grundfänglich alles beim alten. Aus hunderten von Gesetzbüchern mag sich der vorsichtige Staatsbürger auch fernerhin zusammensuchen, was erlaubt ist und was verboten. Nicht einmal an das Landesstrafrecht hat die Kommission gerührt. Sie mögen uns weiterhin erfreuen, alle die muffigen einzelstaatlichen Strafbestimmungen aus Gesindeordnungen, Feld- und Forstpolizeigesetzen und wie alle die sonstigen Ausgebirten kleinstaatlichen Polizeigesetzes heissen. Der neue Strafgesetzentwurf — eigentlich ist es ja nur ein unerbittlicher Vorentwurf — bleibt mithin schon rein äußerlich allen zu stellenden Anforderungen Verächtlichkeit schuldig.

Was seinen Inhalt anbetrifft, so weist er in seinen unpolitischen Teilen hier und da eine kleine — meist unzulängliche — Verbesserung auf, z. B. die Einführung der Rehabilitation (gleich: Wiedereinsetzung), der bedingten Strafaussetzung, die Heraushebung der Strafmündigkeitsgrenze auf das vollendete vierzehnte Lebensjahr und die mildere Bestrafung der Gebrauchsmittelentwendung. Im übrigen ist er auch auf unpolitischem Gebiete durchaus reaktionär und bekämpfungswert. Forderungen und Erkenntnisse, die seit langem Gemeingut aller wirklich Gebildeten sind, finden in ihm kein Echo. Dafür ein paar Beispiele: Außerhalb Jahrhunderterte nach Voltaire und Rousseau, Beccaria und Hommel hält der Entwurf an der barbarischen Todesstrafe fest. In dem Entwurfe findet das längst überwundene Dogma von der Willensfreiheit des Menschen seine Stätte (S. 63). Der Eventualvorsatz — bisher nur die Ausgeburt einer irreführenden Praxis — ist — vermutlich zum Lohne für seine gute politische Verwendbarkeit — im § 59 des Entwurfs zur Gesetzesbestimmung erhoben. Klein Versuch wird gemacht, der Rechtssprechung des Reichsgerichts über den untauglichen Versuch entgegenzutreten, nach der es z. B. strafbar ist, wenn ein junges Mädchen ein Glas harmloses Lees trinkt, vorausgesetzt, daß es sich irrtümlich für Szwanger und den Tee für ein Abortivmittel hält. Der liebe Gott kann sich weiter, trotz des Protestes, selbst von orthodox-kirchlicher Seite, des Schutzes durch Strafbestimmungen gegen seine Leugner erfreuen, wobei ihm freilich die bittere Erkenntnis nicht erspart bleibt, daß seine Schutzwürdigkeit, nach den angedrohten Strafen zu urteilen, für geringer erachtet wird, als die der irdischen Majestäten. Die von allen Kulturmenschen geforderte Beseitigung der Strafbestimmung gegen die Vernichtung feimenden Lebens und gegen die sexuelle Perversität des bisherigen § 175 ist unterblieben. Auch weiterhin sollen Bettler und Landstreicher ins Arbeitshaus gesperrt und nach dem neuen Entwurf sogar mit Gefängnis — statt der bisherigen Haftstrafe — bestraft werden, weil sie es nicht vorgezogen haben, von ihren Nebenburen zu leben und in ihren Willen sich aufzuhalten. Das wären so ein paar Beispiele aus unpolitischem Gebiete, die die Kulturhöhe des Entwurfs bezeugen.

Auf politischem Gebiete würde der Entwurf, wenn er Gesetz würde, verheerender wirken als ein Ausnahmegesetz. Er knebelt die freie Meinungsäußerung durch eine ungläubliche Erhöhung der Beleidigungsstrafen und eine Einschränkung des Wahrheitsbeweises, wobei man noch an die einschlägigen Bestimmungen des Strafprozessentwurfes zu denken hat. Er erfüllt in seinen §§ 184, 185 einen Lieblingswunsch der Reaktionsäre, das Streiken der Eisenbahn- und Postbeamten, der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsarbeiter

unter schwere Strafen zu stellen. Er gibt in seinen §§ 131, 134, 240 und 241 und vielen anderen mehr eine juristische Möglichkeit zur Knebelung mißliebiger politischer Agitation, gegenüber der alles bisher in Deutschland dagewesene, einschließlich Zuchthaus- und Umsturzvorlage, verblaßt.

Dennoch wäre es falsch, den Vorentwurf ein offenes Ausnahmegesetz gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu nennen. Denn was ihn hauptsächlich kennzeichnet, ist sein Mangel jeglicher Offenheit. Für den Leser, dessen Blick durch Erfahrung geschärft ist, sind die betreffenden Paragraphen eigentlich ganz harmlos. Meist sind politisch harmlose Paragraphen des alten Strafgesetzbuchs übernommen, jedoch mit einer scheinbar unbedeutenden Veränderung des Wortlauts. Diese erweist sich jedoch bei näherer Betrachtung als ausreichend, die alte Bestimmung in ein Ausnahmegesetz zu verwandeln. Statt vieler nur ein Beispiel: Im jetzigen Strafgesetzbuch ist im § 126 als Landzwang unter Strafe gestellt, „wer durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens den öffentlichen Frieden stört“. Was unter einem gemeingefährlichen Verbrechen zu verstehen ist, ist im geltenden Strafrecht genau gesagt, und zwar handelt es sich nur um Delikte, wie Brandstiftung, Herbeiführung einer Ueberfahrunng u. a. m., die auch von unserem Standpunkte gemeingefährlich sind. In dem Entwurfe ist dieser Wortlaut scheinbar nur etwas vereinfacht. Hier wird im § 134 unter schwere Gefängnisstrafe gestellt, „wer durch gemeingefährliche Drohung, insbesondere mit Mord, Raub oder Brand, den öffentlichen Frieden stört“. Wird der Entwurf Gesetz, dann wehe jedem Agitator, der noch mit dem Sturze der Klassenherrschaft oder ähnlichen „gemeingefährlichen“ Dingen zu drohen wagt. Auf ähnliche verstoßene Weise sind auch die anderen Ausnahmbestimmungen in den Entwurf gekommen. Natürlich fehlen auch unsere alten Freunde nicht: der grobe Unfugparagraph in veränderter Formulierung, der Erpressungsparagraph mit seiner Anwendbarkeit auf gewerkschaftliche Kämpfe, die Majestätsbeleidigungsbestimmungen in ihrer jetzigen ausnahmgewöhnlichen Fassung, jedoch unter Erweiterung des Kreises der geschützten Personen.

In den folgenden Absätzen sollen die den politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter besonders interessierenden Bestimmungen des Entwurfs einer etwas eingehenderen Darstellung und Kritik unterzogen werden.

Der Hansabund als antisozialdemokratischer Wahlmacher.

Das deutsche Bürgertum schuf sich, wenn man den begeisterten Worten der liberalen Presse glauben dürfte, in den Tagen des Kampfes um die Reichsfinanzreform eine mächtige Organisation, einen Schutz- und Truhbund wider Adel und Klerikal: den Hansabund. Seitdem ist einige Zeit verfloßen und es geht, wie es allemal geht, wenn das deutsche Bürgertum einen Anlauf nimmt zum Sturm wider die Burgen der ostelbischen Junker. Von Laten des Hansabundes gegen die Großgrundherren, gegen die Schnapsblöcker verlaute nichts. Dafür aber entpuppt sich der trugte Hansabund als ein Gegenstück zum Reichsverband gegen die Sozialdemokratie! Er läßt den Feind rechts ungeschoren und wendet seine Latkraft nach links — gegen die Arbeiterklasse!

In Halle a./S. ist unseren Genossen ein Zirkular zugekommen, das von der Ortsgruppe Halle a./S. des Hansabundes ausgeht und zur Reichstagsersatzwahl verbreitet werden soll. Es lautet:

An die geehrten Mitglieder der Ortsgruppe Halle a./S. des Hansabundes.
Sehr geehrter Herr!

Der Hansabund ist keine politische Partei, er hat aber bestimmte, durch sein wirtschaftliches Programm gegebene politische Ziele. Daher hat er unter seine Aufgaben auch die mit aufgenommen, bei den Wahlen die politischen Parteien zur Durchsetzung solcher Kandidaten zu unterstützen, welche die Gewähr dafür bieten, daß sie in ihrer parlamentarischen Tätigkeit von den Grundgedanken des Bundes nicht abweichen werden.

Insbesondere stellt aber der Hansabund die nationalen Interessen allen anderen Interessen ohne weiteres und bedingungslos voran.

Wir bitten die geehrten Mitglieder, bei der bevorstehenden Reichstagswahl dieser Fundamentallage aus dem Programm des Hansabundes eingedenk zu bleiben. Der hier als Reichstagskandidat aufgestellte Herr Reimann ist als Fabrikant und Kaufmann Angehöriger der Verfassungsstände, deren Interessen der Hansabund im politischen Kampfe wahrnehmen will. Herr Reimann ist auch selbst Mitglied des Hansabundes. Wie wir nicht zweifeln, werden daher auch Sie es als Ihre Pflicht betrachten, als Mitglied der Ortsgruppe Halle a. S. des Hansabundes Ihre Stimme bei der Reichstagswahl Herrn Reimann zu geben, außerdem aber auch in allen Kreisen, auf die Sie Einfluß haben, für eine zahlreiche Wahlbeteiligung und für die Wahl des Herrn Reimann zu wirken.

Der Wahlkampf ist heiß, und unser Wahlkreis kann dem sozialdemokratischen Ansturm gegenüber nur dann gehalten werden, wenn es gelingt, die bürgerlichen Wähler bis zum letzten Mann an die Urne zu bringen — in diesem Fall ist aber der Sieg des bürgerlichen Kandidaten sicher. Es lohnt sich daher durchaus der Mühe, daß die Mitglieder des Hansabundes in der durch ihren

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 20 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereine und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (frei gebrauchte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Beitritt zu diesem Bunde bekundeten Gesinnung alles aufbieten, um dem Kandidaten Herrn Fabrikanten Georg Reimann zum Siege zu verhelfen.

Hochachtungsvoll
Der Vorstand des Ortsgruppe Halle a. S.
des Hansabundes.

Der Hansabund erklärt hier also ganz unabweislich die Sozialdemokratie für den Feind, den er besonders energisch zu bekämpfen sich berufen fühlt. Wenn der Bund glaubt, auf diese Weise Deutschland vom Joche der Junker und Merikalen befreien und dem deutschen Bürgertum die herrschende Stelle im Reich erobern zu können, so mag er's getrost versuchen. Wir sind sicher, daß nicht die Sozialdemokratie den Ausgang dieses putigen Versuchs zu beklagen hat. Unsere Genossen in Halle wird diese Kriegserklärung lebhaft zu energischerer Wahlarbeit anfeuern; der Sozialdemokratie im ganzen kann es aber nur lieb sein, jetzt völlige Klarheit über die Stellung des Hansabundes zu haben. Sie wird den Kampf mit diesem Nachfolger des politisch und moralisch diskreditierten Reichsverbandes aufzunehmen wissen und mit ihm ebenso gut fertig werden, wie sie mit der Garde Lieberts fertig geworden ist. Die Arbeiter und Angestellten haben jetzt ein authentisches Dokument, das die Lügenhaftigkeit der Versicherung beweist, der Hansabund wolle auch ihre Interessen mitvertreten. Diejenigen aber, die von der Begründung des Hansabundes eine Wiedergeburt des deutschen Bürgertums bahnten, die in ihm die Renaissance der alten Hanse sahen, die Ritter und Könige niederzwang, mögen jetzt vielleicht erkennen, daß es wieder einmal nichts war, daß das Bürgertum es höchstens noch zur Bildung eines zweiten Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, zur Aufstellung einer Junkerschuttruppe bringt. Dazu muß sich der Hansabund mit Naturnotwendigkeit entwickeln, sofern er es ernst nimmt mit dem Wort des Haleschen Zirkulars, daß ihm die nationalen Interessen allen anderen vorzugehen. Denn bei der verheulenen Auslegung, die das viel mißbrauchte Wort „national“ im Zirkular, und sonst erfahrungsgemäß stets innerhalb der bürgerlichen Welt findet, bedeutet diese Deklaration, daß der Hansabund bei Kämpfen zwischen Junker und Proletariat allemal auf die Seite der Junker zu treten hat! Der Hansabund als Junkerschuttruppe, so endet das Kapitel von der Wiedergeburt des deutschen Bürgertums!

Unzulängliche Grubenkontrolle in Sachsen.

(Zur sächsischen Berggesetznovelle.)

Seit beinahe 20 Jahren fordern die organisierten Bergarbeiter, um eine größere Sicherheit in Bergwerksbetrieben zu erreichen, Kontrollen aus den Kreisen der Bergarbeiter, die durch ihre Kollegen in geheimer Wahl gewählt und deren wirtschaftliche Effizienz gegen Nachregelungsgelüste der Bergbarone sicher gestellt wird. Als im sächsischen Landtage 1907/08 das Berggesetz einer durchgreifenden Aenderung unterzogen wurde, machten die organisierten Bergarbeiter neben einer Reihe anderer Forderungen auch die nach Einsetzung von Arbeiterkontrollen geltend. Sie drangen damit aber nicht durch, die Mehrheit des Landtags und die Regierung folgten vielmehr den Bergwerksunternehmern, die laut gegen die Grubenkontrollen aus Arbeitereisen getreten. Erreicht wurde nur die Einfügung eines Passus, wonach es den Bergwerksbesitzern überlassen bleibt, Bestimmungen hinsichtlich einer planmäßigen Zuziehung der Arbeiter zur Ueberwachung der Sicherheit des Betriebes in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Durch die furchtbare Grubenkatastrophe in Radbod, die sich zur Zeit der Beratungen über das sächsische Berggesetz ereignete, wurde einem Teile der Liberalen das Gewissen doch so weit geschärft, daß sie durch einen besonderen Antrag nachträglich die Bestellung einer ausreichenden Anzahl Grubenkontrollen durch Gesetz gefordert haben; die konservative Mehrheit stimmte dem Antrag aber nieder! Um die Spuren dieser empörenden Unternehmerpolitik etwas zu verwischen, forderten sie durch einen Antrag, der auch angenommen wurde, die Regierung auf, die Bergwerksunternehmer dazu zu bewegen, daß sie freiwillig, aber planmäßig ihre Bergarbeiter zur Ueberwachung der Sicherheit des Betriebes hinzuziehen.

Daraufhin hat die sächsische Regierung alle Bergwerksunternehmer zu einer vertraulichen Besprechung eingeladen, um sie zur freiwilligen Einführung von Arbeiterkontrollen aufzufordern. Dabei holte sich die Regierung, wie sie jetzt in einer Denkschrift mitteilt, eine glatte Abjage bei den Bergbaronen. Allen Gegenvorstellungen ungeachtet erklärten diese, daß sie Arbeiterkontrollen nicht einführen würden.

Kunmehr hat sich die sächsische Regierung entschlossen, die Einführung von Grubenkontrollen aus Arbeitereisen gesetzlich vorzuschreiben. Sie hat dem Landtage auch bereits eine Gesetzesvorlage zu diesem Zwecke unterbreitet. Darin erklärt die Regierung unter anderem, daß der Wunsch der Bergarbeiter, die in ihrem schweren Berufs ihr Leben und ihre Gesundheit dauernd in erhöhtem Maße aufs Spiel setzen, die Sicherheit ihrer Arbeitsstätten auch durch die Erwählung ihrer Vertrauensproben zu lassen, nicht unbillich ist. Aber die Art, wie die Regierung die Arbeiterkontrollen in den Gruben gesetzlich stellen will, entspricht den Ansprüchen und den Forderungen der Bergarbeiter in keiner Weise! Das Ganze ist eine klägliche Halbheit, die deutlich zeigt, wie ängstlich man auf die Unternehmerinteressen Rücksicht genommen hat. Nach der Regierungsvorlage soll dem sächsischen Berggesetz folgender Passus eingefügt werden:

Auf Bergwerken, auf denen in der Regel mehr als 30 Arbeiter unter Tag beschäftigt werden, sind die Grubenarbeiter zur Ueberwachung der Sicherheit des Betriebes planmäßig zuzuziehen. Zu diesem Zwecke sind von ihnen aus ihrer Mitte so viel Sicherheitsmänner zu wählen, daß auf höchstens 300 Mann der untertägigen Beschäftigung mindestens ein Sicherheitsmann und ein Stellvertreter kommt. Die Sicherheitsmänner dürfen von der Wahl bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode ohne Kündigung nur beim Vorliegen eines gesetzlichen Entlassungsgrundes, im übrigen aber nur beim Vorliegen eines wichtigen Grundes und in diesem Falle nur unter Einhaltung einer dreizehntägigen Kündigungsfrist aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden. Durch Verletzungen an andere Arbeitsstätten erlischt das Amt nicht.

Ein solcher Sicherheitsmann muß mindestens 30 Jahre alt sein und fünf Jahre unter Tage als Bergmann und davon mindestens drei Jahre als Hüter oder Zimmerling gearbeitet haben und außerdem mindestens ein Jahr in dem Betriebe beschäftigt gewesen sein. Eine Wiederwahl für die nächsten zwei Wahlperioden ist unzulässig.

Diese Art Grubenkontrolle durch Arbeiter, die die sächsische Regierung einführen will, wird und muß wertlos bleiben. Der

Sicherheitsmann soll zwar doch die Belegschaft geheim gewählt werden, die Wahlhandlung leitet aber die Betriebsverwaltung. Das schlimmste aber ist, daß der Arbeiterkontrollen völlig abhängig bleibt vom Grubenbesitzer oder Werksdirektor. Nimmt er seine Aufgabe ernst, wird er dem Bergwerksunternehmer bald unbequem werden. Dann aber findet sich leicht ein wichtiger Grund, den unbequemem Kontrollen auf die Straße zu setzen. Die Zwangsmaßnahmen in Regierungspassus werden die Nachregelungswut der Unternehmer nicht im geringsten einschränken. Gerade die sächsischen Bergwerksunternehmer sind darin die schlimmsten. Operieren sie doch sogar gegen Vertreter der Knappschaftskassen brutal mit der Hungerpeitsche.

Noch wertloser wird die neugeplante Einrichtung auch durch die Bestimmung, wonach der Arbeiterkontrollen nur in Begleitung eines Steigers oder Obersteigers die Beschäftigung der Grube vornehmen darf, und eine solche in der Regel nur einmal im Monat vorgenommen werden darf.

Aus alledem erfieht man, daß auch die neueste Ergänzung des sächsischen Berggesetzes statt einer wirklichen Arbeiterkontrolle in den Gruben nur eine wertlose Dekoration schafft. Die sozialdemokratischen Abgeordneten des sächsischen Landtages werden natürlich alles aufbieten, eine den Anforderungen entsprechende Grubenkontrolle in Sachsen durchzusetzen.

Der Verfassungskampf in England.

Nach der Abstimmung des Oberhauses über das Budget wird Premierminister Asquith, einer begründeten Annahme zufolge, im Unterhause eine Resolution einbringen, welche das Vorgehen des Lords beurteilt und erklärt, das Unterhaus habe allein das Recht, sich mit Steuerfragen zu beschäftigen, und der Versuch der Lords, die Auflösung des Parlamentes zu erzwingen, widerspreche der Verfassung. Man wird den Gegenstand sodann, wie ferner angenommen wird, auf eine Woche zurückstellen und ihn wahrscheinlich in Konferenzen der Parteiführer weiter verfolgen, um inzwischen die weniger strittigen Steuern rechtskräftig zu machen.

Die Ankündigung Lansdownes steht natürlich im Mittelpunkt aller politischen Erörterungen. Von ministerieller Seite liegen zunächst zwei Neuerungen vor. Auf eine Einladung, in Versammlungen in Lancashire und Cheshire zu sprechen, um der dort einfliegenden umfassenden konservativen Kampagne entgegenzutreten, hat der Handelsminister Churchill mit einer Kundgebung erwidert, worin er die Einladung freudig annimmt. Er habe schon längst das Gefühl, daß Lancashire entscheidenden Einfluß in dem Konflikt habe. Die Schutz-zollpolitik wäre der Ruin der Baumwollindustrie. Die Annahme der Resolution Lansdowne durch das Volk würde eine überwiegende Machtstellung der Lords im Staate bedeuten, denn wenn die Lords ihr Recht auf eine Kontrolle der Finanzen des Königreichs durchsetzen sollten, würden sie dadurch in die Lage kommen, das Budget, falls ihnen dieses nicht paßt, alljährlich über den Haufen zu werfen und von der Krone die Auflösung des Parlamentes zu erzwingen. Ein solches Resultat wäre für die englische Demokratie geradezu verhängnisvoll. Der Kundgebung Churchills ist gestern eine Sitzung des Kabinetts vorausgegangen.

Die zweite Antwort hat der Unterrichtsminister Runciman den Lords erteilt. In einer Rede in Hull sagte er, der Antrag bedeute ein Ereignis, das in den letzten 300 Jahren ohne Parallele dastehe. Im Namen der Regierung erkläre er, daß diese auf dem Gebiete der Finanzen mit den Lords nichts zu tun haben könne, daß das Unterhaus das Finanzgesetz beschließe, und daß es unbedingt bei der Weigerung bleiben müsse, auf Grund irgendwelcher Steuern oder irgend einer Klausel ein Kompromiß abzuschließen. Die Lords hätten kein größeres Recht, das Gesetz zu verwerfen, als die Krone, ihre Zustimmung zu verweigern.

Aber auch die konservative Gegenagitation hat mit voller Stärke eingeseht. Der Führer der Konservativen, Balfour, suchte in einer Rede in Manchester der liberalen Kampfpole: Gegen die Lords, den Ruf: Für Schutzpolitik entgegenzusetzen. Er sprach sich nachdrücklich für eine Tarifreform mit Vorzugszöllen für die britischen Kolonien aus, wobei er sich bemühte, die Befürchtung zu zerstreuen, daß die Einführung einer Tarifreform der Baumwollindustrie von Lancashire durch Verteuerung des Lebensunterhalts der arbeitenden Klassen zum Schaden gereichen könnte. Einer Maßregel, die eine solche Verteuerung im Gefolge haben könnte, würde er niemals zustimmen. Durch eine Tarifreform würden die Baumwollen- und anderen Industrien nicht nur nichts verlieren, sondern sogar gewinnen, und zwar erstens dadurch, daß durch eine Tarifreform eine günstigere Position für den Abschluß von Handelsverträgen geschaffen würde, was auch in Deutschland seinerzeit benutzt worden sei, um England aus Märkten, die einst diesem gehörten, zu verdrängen und zweitens durch die Vorzugszölle für die Kolonien. Die Freihändler wie Balfour darauf hin, wie gut Deutschland und Amerika unter hohen Schutzzöllen gefahren seien und mahnte sie, diesen Erfahrungen Rechnung zu tragen. Die Annahme des Budgets würde dagegen auf alle großen Industrien eine vernichtende Wirkung ausüben.

Zum Schluß verteidigte Balfour das Recht der Lords, in solchen wichtigen Angelegenheiten an das Volk zu appellieren, in denen es wünschenswert sei, daß dieses seinen Willen erkläre. Die Hauptaufgabe der Zweiten Kammer sei es, darauf zu sehen, daß die Regierung eine Regierung des Volkes sei und daß das Volk nicht verraten werde durch eine überhastete, unbedachte Gesetzgebung. Was immer der Ausgang des Vorschlags Lansdownes, das Volk als Schiedsrichter anzurufen, sein werde, er werde gerecht sein.

Die Presse äußert sich natürlich ihrer Parteistellung entsprechend. Die konservativen Blätter sind begeistert über die geklügelte Abfassung des Antrages Lansdowne und erklären, es sei keine Rede davon, dem Willen des Volkes ein Veto aufzulegen, sondern der Antrag befähige bloß den Grundsat, daß das Volk herrsche. Die liberalen Blätter hingegen beziehen den Antrag als eine Kriegserklärung und betonen, Asquith dürfe keiner Anregung folgen, Unterhandlungen anzuknüpfen, die bezwecken würden, ein provisorisches Budget anzunehmen, welches die den Lords unangenehmen Steuern nicht enthalten würde. Die ungebrochene Tradition ungezählter Generationen, sagen diese Blätter weiter, und die von konservativen Parteiführern seit 300 Jahren abgegebenen Erklärungen sollen jetzt mit Füßen getreten werden, um die unheilvollste Revolution der englischen Geschichte herbeizurufen. Das Haus der Lords stehe da als schamloser und selbststüchtiger Verteidiger der Privilegien des

Grundbesitzes und der Alkoholinteressenten sowie als Vorläufer der Besteuerung der Nahrungsmittel.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. November 1909.

Der Reichshaushalt für das Etatsjahr 1910/11.

Der dem Bundesrat vorgelegte Etatsentwurf schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 680 305 450 M. ab, das sind 6 888 991 M. mehr als im laufenden Etat.

Fortlaufende Ausgaben:

Reichstag 1 097 755 M.
Reichskanzler und Reichskasse 814 470 M. (+ 50 M.).
Aufwärtiges Amt 18 502 788 M. (+ 469 785 M.).
Reichsamt des Innern 82 642 272 M. (+ 8 250 940 M.).
Reichsheer 709 237 910 M. (+ 18 805 401 M.).
Reichsmilitärgericht 609 585 M. (- 18 761 M.).
Kaiserliche Marine 158 071 297 M. (+ 11 010 274 M.).
Reichsjustizverwaltung 2 674 805 M. (+ 27 587 M.).
Reichsfinanzamt 230 157 012 M. (+ 25 244 700 M.).
Reichskolonialamt 2 878 086 M. (+ 132 022 M.).
Reichseisenbahnamt 486 645 M. (- 2775 M.).
Reichsschuld 215 683 457 M. (+ 18 898 408 M.).
Rechnungshof 1 800 512 M. (+ 15 290 M.).
Allgemeiner Pensionsfond 118 361 736 M. (+ 2 506 235 M.).
Reichsinvalidenfonds 33 671 237 M. (- 1 554 930 M.).
Reichspost- und Telegraphenverwaltung 625 173 810 M. (+ 1 685 081 M.).
Reichsdrucker 8 543 745 M. (+ 434 300 M.).
Reichseisenbahnen 101 440 810 M. (- 507 440 M.).

Einmalige Ausgaben:

Aufwärtiges Amt 856 000 M. (- 321 498 M.).
Reichsamt des Innern 1 758 221 M. (- 1 824 026 M.).
Reichspost- und Telegraphenverwaltung 15 854 067 M. (- 34 958 003 M.).
Reichsdrucker 277 084 M. (+ 126 670 M.).
Reichsheer 75 721 384 M. (- 41 914 821 M.).
Reichsmilitärgericht 630 790 M. (- 256 840 M.).
Kaiserliche Marine 171 747 874 M. (+ 13 796 820 M.).
Reichsfinanzamt 21 897 212 M. (- 5 261 407 M.).
Reichskolonialamt 22 628 213 M. (- 2 556 966 M.).
Reichsschuld 5 775 000 M. (+ 5 775 000 M.).
Reichseisenbahnen 4 905 470 M. (- 671 900 M.).
Beamtenbeihilfen, einmalige für 1908 27 008 468 M.

Einnahmen:

Zölle, Steuern, Gebühren u. Abfindungen 1 441 620 000 M.
Reichspost- und Telegraphenverwaltung 693 008 825 „
Reichsdrucker 18 876 000 „
Reichseisenbahnen 122 819 000 „
Bankwesen 16 482 000 „
Verwaltungsabgaben 71 606 482 „
Reichsinvalidenfonds 33 998 997 „
Ausgleichsbeträge 89 882 006 „
Matrikularbeiträge 228 512 000 „

Außerordentliche Ausgaben:

Reichsamt des Innern 23 000 000 M.
Reichsheer 22 489 100 „
Marine 113 321 469 „
Reichspost- und Telegraphenverwaltung 25 000 000 „
Reichseisenbahnen 7 498 700 „

Außerordentliche Einnahmen:

Im einzelnen, nicht spezifiziert 89 063 341 M.
Anleihe 152 255 928 M.

Landsberg-Soldin für Halle!

Die Junker wollen dies schöne Geschäft mit dem deutschen Freisinn machen. Da die Konservativen in Halle für den freisinnigen Kandidaten stimmen, so verlangen die konservativen Blätter, daß die Freisinnigen den konservativen Kandidaten in der Stichwahl zu Landsberg-Soldin herauspauken sollen. Die Junker haben dabei die Vorhand. Die Stichwahl in Landsberg-Soldin ist am 22. November, die Wahl in Halle aber erst am 28. November. Lassen also die Liberalen am 22. November die Junker in Landsberg-Soldin durchfallen, so reorganisieren sich die Junker am 28. November in Halle. Die Situation ist sehr unangenehm für den Freisinn, namentlich für den in Halle, dem das Mandat offenbar höher steht als die politische Pflicht, jede Stärkung der junkerlichen Reaktion zu verhindern. Der Vorsitzende des Vereins der Liberalen in Halle, der Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, hat in dieser Not folgendes dringende Telegramm an den Vorsitzenden der liberalen Partei in Landsberg-Soldin gerichtet:

„Bei der hiesigen Reichstagswahl sind die Konservativen und die Wähler bisher entschieden für den freisinnigen eingetreten. Es ist für uns dringend erwünscht, daß sich die dortigen Liberalen offen für den konservativen Kandidaten Holtzke erklären, da sonst unser hiesiger Kandidat gefährdet ist. Die Wahl findet hier am 28. November statt. Herzfeld, Vorsitzender des Vereins der Liberalen.“

Ungeachtet dieses Telegramms, das die offene Proklamierung des keinen Mandatschachers ohne jede Rücksicht auf politische Grundsätze und Situation bedeutet, mutet es fast als eine Mannes-tat an, wenn die Liberalen von Landsberg trotz des Telegramms beschlossen haben, an dem Entschluß festzuhalten — keine Parole auszugeben, sondern jedem liberalen Wähler die Abstimmung freizugeben.

Das „Berl. Tagebl.“ behauptet das Telegramm des hollensfreisinnigen Parteichefs um so mehr, als es noch sehr fraglich sei, ob es in Halle möglich ist, den liberalen Kandidaten, auch mit agrarischer Unterstützung, durchzubringen. Das ist es in der Tat, und die Bereitwilligkeit des hollensfreisinnigen zum dem Geschäft: „Landsberg-Soldin für Halle“ wird die Chancen des Freisinn in Halle sicherlich nicht verbessern.

Wahlrechtskampf in Hessen.

In Hessen ist schon seit einer Reihe von Jahren eine Bewegung für das direkte Landtagswahlrecht im Gange. Im Jahre 1901 legte die Regierung den Kamern einen Entwurf vor, der an Stelle des Wahlmännersystems das direkte Wahlrecht vorsah, allerdings verbunden mit allerlei verschärften Kautelen, die insbesondere das Wahlrecht der Arbeiter einschränkten. Dieser erste Entwurf scheiterte am Widerstand der Ersten Kammer, wie zwei weitere gleiche Vorlagen, die im Laufe der Jahre den Landtagen vorgelegt wurden. Die Erste Kammer wollte nur dann dem gleichen Wahlrecht zustimmen, wenn ihre eigenen Rechte demnach erweitert würden, daß sie die Annahme einzelner Budgetposten oder auch Steuergesetze verhindern könnte. Man verlangte also für das direkte Wahlrecht erweiterte Herrenrechte. Die Zweite Kammer war bis zum vorigen Jahre hiernit nicht einverstanden. Als die Regierung es trotzdem wagte, eine

Vorlage einzubringen, die der Ersten Kammer größere Rechte einräumte, gab es einen allgemeinen Entrüstungsturm in der Zweiten Kammer. Inzwischen ist eine Wandlung in der nationalliberal-ultramontan-bauernbündlerischen Mehrheit vor sich gegangen. Man hat sich mit den Wünschen der „Pairs“ befreundet und ist jetzt bereit, die Kompetenz der Ersten Kammer auf Kosten der Rechte der Volksvertretung zu erweitern. Die Wahlrechtskommission der Zweiten Kammer hat sich im wesentlichen mit der Regierungsvorlage einverstanden erklärt. Das Plenum wird sich also demnächst mit der Vorlage zu beschäftigen haben. Wenn die vorliegende Wahlrechtsreform Gesetz werden sollte, so würde Hessen erheblich hinter Baden, Bayern und Württemberg zurückbleiben.

Das heftige Volk verdankt diesen Zustand dem Einflusse der vom Freiherrn von Heyl geführten Ersten Kammer und der jämmerlichen Rückgratlosigkeit seiner gegenwärtigen Volksvertretung. Die sozialdemokratische Partei beabsichtigt, in eine energische Protestbewegung gegen die Vorlage einzutreten. Ende November oder Anfang Dezember sollen im ganzen Lande Protestversammlungen abgehalten werden.

Die Gemeinheit von Halle.

Für den Skandal der amtlichen Wahlbeeinflussung, den der Senat der Universität Halle verübt hat, ist natürlich in erster Reihe der Rektor verantwortlich. Der Mann heißt August Finger und ist Professor für Strafrecht. Da der Herr bisher nicht gerade sehr bekannt war, wählte er diesen Weg, sich einer weiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Das ist allerdings bequemer, als durch wissenschaftliche Arbeiten sich einen Ruf zu schaffen.

Auch sonst wird man unter dem Hallenser Professorenkollegium nicht gerade eine Uebersicht berühmter Namen finden, es sei denn die einiger Dozenten, deren Väter oder Onkel den Namen berühmt gemacht haben. Doch sind immerhin einige Ausnahmen zu verzeichnen. Da möchten wir in erster Linie Rudolf Stammler nennen, den ein sehr interessantes Buch „Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung“ bekannt gemacht hat. Prof. Stammler bekämpft zwar die materialistische Geschichtsauffassung, aber er sucht mit anerkannter Objektivität zu einem richtigen Urteil über den Marxismus, dessen hohe Bedeutung für die Sozialwissenschaft er anerkennt, zu gelangen. Er selbst vertritt in soziologisch-gewandelter Fassung die Kantische Ethik, als deren Ausfluß der jüngste Beschluß der Halleischen Universität wohl kaum anzusehen sein dürfte. Man darf da doch fragen, ob der Verfasser der „Lehre vom richtigen Recht“, an dieser Entscheidung einseitiger Parteilichkeit teilhaftig ist, fragen auch, ob er nicht selbst das Gefühl hat, daß ein Protest gegen diesen Beschluß für ihn kategorischer Imperativ wäre, soll seine Lehre einer sozialen Ethik durch sein eigenes passives Verhalten in nicht wieder gut zu machender Weise kompromittiert werden.

Unter den Professoren von Halle begegnen wir noch dem Juristen Edg. Loening und den Nationalökonom J. Conrad und Heinz Waentig. Auch diese Herren waren bisher durch ein gewisses Streben nach Objektivität vorteilhaft ausgezeichnet. Auch ihre Mitwirkung an dem Beschluß muß stärkstes Befremden wecken. Denn dieses politische Hervortreten, das so ganz den Standpunkt des Reichsverbandes oder der großindustriellen Scharmacher als der politischen Professorenweltigkeit letzten Schluß erkennen läßt, zerfällt allerdings in den klar grundlaiden Weise den Anspruch, als würden deutsche Professoren die Wissenschaft anders denn als Interessensvertreter der herrschenden Klasse betreiben.

Der letzte deutsche Hochschullehrertag, der mit so viel Eifer für die Freiheit der Wissenschaft von politischer Bevormundung eintrat, hat jetzt das stärkste Dementi erfahren. Denn indem sich die Professoren freiwillig zur politischen Knüttelgarde der herrschenden Klasse hergeben, lassen sie diesen Kampf als völlig überflüssig erscheinen. Mit solchen Leuten ist die preussische Regierung so zufrieden, daß sie nicht erst Bevormundungsversuche zu unternehmen hat. Wir sind nur neugierig, was der nächste Hochschullehrertag über diese Kollegen zu sagen haben wird.

Der Gewalttät der Zehnenbesitzer.

Die Errichtung des Zwangsarbeitsnachweises für die Vergarbeiter im Ruhrrevier soll trotz aller Proteste der Arbeiter nun doch durchgeführt werden. Das Unterdrückungsinstitut soll mit dem 1. Januar in Kraft treten. Die Zentralstelle soll in Essen a. d. Ruhr errichtet werden, Zweigstellen in Hamm i. W., Mamen, Dortmund, Längendortmund, Witten, Gerne, Sochum, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Essen, Oberhausen, Gladbeck, Quer, Moers und Spröckhövel. — Die Gewaltmaßregel bedeutet eine schwere Probatation der Vergleite, die Aufregung unter ihnen ist groß.

Der bayerische Landtag und die Reichsversicherungsordnung.

München, 16. November. Anträge, in der vorigen Session gestellt und heute verhandelt, gaben den Parteien und dem Minister des Innern Anlaß, über die Reichsversicherungsordnung sich auszusprechen.

Genosse Dorn begründet im Prinzip den Gedanken und Versuch, durch Zusammenlegung der Arbeiterversicherungsgegebung eine Vereinfachung und Verbilligung des Versicherungswesens herbeizuführen. Er weist aber nach, daß der erste Entwurf einer Reichsversicherungsordnung weder einfach noch übersichtlich sei und bedürftig aus guten Gründen, daß die neue Organisation anstatt eine Verbilligung eine Verteuerung bringen werde. Er verlangt für den Bezug der Altersrente die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre und konstatiert, daß Klagen über den Vollzug der Gesetze geführt werden.

Auch der Zentrumsabgeordnete Schmidt bedauert, daß im Vollzuge der soziale Geist fehle, und beweist die Verhöhnung durch Beispiele aus der Praxis. Sein Parteifreund Königshauer begründet die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, spricht sich wie Dorn gegen die Halbierung der Krankenkassenbeiträge aus, verlangt die Erhaltung der Selbstverwaltung und des Refurses als letztes Rechtsmittel.

Der Minister des Innern konstatiert zunächst, daß die Reichsversicherungsordnung zurecht umgearbeitet und sodann an den Reichstag gelangen werde. Von einer Zurückziehung sei keine Rede. Ueber das Reformbedürfnis besteht Einigkeit, aber die Art der Reform seien die Ansichten verschieden. Die Schaffung einer einheitlichen Organisation sei sehr schwierig. Sicher ist, daß sie nach dem Vorschlag der Reichsversicherungsordnung sehr teuer käme und daß sie in Bezug auf Ueberstaatlichkeit und Klarheit nicht befriedige. Die Schaffung des einheitlichen Unterbaus geschieht voraussichtlich bei den Bezirksämtern. Die bayerische Regierung ist dafür, daß der Refurs beibehalten wird, ist aber gegen eine Fixierung der Altersgrenze auf 65 Jahre, weil sie zu viel Geld — 28 1/2 Millionen — kosten würde. Die Regierung ist auch für die Halbierung der Krankenkassenbeiträge. Die Entscheidung über diesen Punkt sei im neuen Entwurf noch nicht gefallen.

Kommunalwahlen.

In Fürstenberg a. O. siegte in der Stadtverordneten-Stimmwahl der sozialdemokratische Kandidat mit 169 gegen 159 Stimmen.

In der Gemeinde Rothhausen (Kreis Essen) erhielt die Sozialdemokratie vor drei Jahren 459 Stimmen in der dritten Abteilung, diesmal 685, die Gegner 679 Stimmen. Auf diese Stimmenzahl kamen die Gegner nur infolge größlicher Ungeselligkeiten, die zur Kasserung der Wahl führen mußten. — Bei einer Erntewahl der dritten Abteilung, die Montag und Dienstag stattfand, erhielt unser Genosse 653, die Gegner 622 Stimmen. Es zieht damit der erste sozialdemokratische Gemeindevorsteher in den Rothhauser Gemeinderat ein.

Bei der Gemeindevahl in Zwögen (Kreis J. L.) wurden die vom sozialdemokratischen Wahlkomitee aufgestellten neun Kandidaten gewählt. Jetzt hat die Sozialdemokratie die große Mehrheit im Gemeinderat. Die Gegner haben schon seit Jahren keine Kandidaten mehr bei Wahlen aufgestellt.

In Triebes (Kreis J. L.) wurden vier Sozialdemokraten und vier bürgerliche Gemeindevorsteher gewählt.

In Homburg v. d. Höhe stiegen die sozialdemokratischen Stimmen in der dritten Wählerklasse außerordentlich. Die vereinigten Gegner brachten es auf 317—325 Stimmen, die Sozialdemokraten auf 234—266. Ist auch kein Mandat errungen, so ist doch diese hohe Stimmenzahl in der ganz von den reichen Gutsbesitzern abhängigen Kur- und Wälderstadt sehr bemerkenswert. Der Wahlsitz ist öffentlich.

Erfolgreiche Beschwerden.

Wir berichteten dieser Tage über die Bemühungen eines Rixdorfer Zigarrenarbeiters, eine Unterstützung aus dem Viermillionenfonds zu erhalten. Auf Anraten der Organisation wendete er sich an den Präsidenten zu Berlin. Folgendes Schriftstück erhielt der Patient am 15. November abends zugestellt:

„Ihr Ansuchen auf Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit während der Zeit vom 15. August bis 13. November 1909 ist anerkannt worden.“

Auf Grund des Artikels 2a des Gesetzes vom 15. Juli 1909 wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes bewillige ich Ihnen daher wegen Arbeitslosigkeit eine einmalige Unterstützung von 190,45 M. (Einkundenneunzig Mark 45 Pf.)

Gegen vorläufige Bewilligung können Sie diesen Betrag während der Zeit vom 10. Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags bei unserer Postkasse hier, Hermannstr. 1—3, in Empfang nehmen.

Die Beschwerde an den Präsidenten der Oberzolldirektion in Berlin wurde am 12. November früh zur Post gegeben; mit Datum vom 13. November war dieser Bescheid schon erteilt worden. Immerhin hat die Erledigung der Unterstützungsfache ein volles Vierteljahr gedauert.

Aus dem sächsischen Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten sächsischen Ständekammer hat einen Antrag eingebracht, wodurch sie die Einsetzung einer besonderen Deputation für soziale Angelegenheiten fordert.

Die Nationalpolen und die Wahl in Halle.

Herr Franz Kryszal, Chefredakteur und Vorsitzender des Polnischen Politischen Komitees für Berlin, Brandenburg, Sachsen und Pommern, sendet uns eine Zuschrift, die er als eine Bezeichnung auf Grund des § 11 des Wahlgesetzes bezeichnet. Sie ist es zwar nicht, aber wir nehmen natürlich keinen Anstand, den wesentlichsten Teil des Schreibens hier wiederzugeben.

Herr Kryszal bezieht sich auf den Bericht über eine Wahlversammlung der Nationalpolen zu Halle in der Nr. 264 des „Vorwärts“, worin die Nationalpolen, die dort bekanntlich einen eigenen Kandidaten aufstellen wollten, als Helfer des Freistimm bezeichnet werden und die Zustimmung ausgesprochen wird, daß das Geld für dieses Beginnen vom Hansabunde stamme. Herr Kryszal erklärt dagegen, daß er die Versammlung einberufen habe als Vorsitzender des Polnischen Politischen Komitees für Brandenburg, Sachsen usw., weil nach dem neuen Vereinsgesetz es den Polen nur während der Wahlzeit gestattet sei, ihre Versammlungen in ihrer Muttersprache abzuhalten. Die polnische Kandidatur sei in der Versammlung einstimmig beschlossen worden, nicht von bloß zwei Duzend Anwesenden, wie der „Vorwärts“ behauptet habe. Die Auffstellung sei erfolgt auf Grund des Statuts des Polnischen Zentral-Wahlverbandes in Deutschland mit dem Sitz in Posen, welches die Anhänger der nationalpolnischen Partei verpflichtet, bei den Reichstagswahlen in der Hauptwahl für ihre eigenen nationalen Kandidaten zu stimmen — erst in den Stichwahlen dürfen Kompromisse geschlossen werden. Herr Kryszal teilt das mit, um zu beweisen, daß es ihm und seiner Partei nicht in den Sinn komme, dem Freistimm Helfersdienste zu leisten, dem sie die Anhebung ihrer Sprache in den Versammlungen verdanken. Er erklärt es ferner für eine grobe Beleidigung, anzunehmen, wie es jener Bericht des „Vorwärts“ tat, daß es offenbar das Geld des Hansabundes sei, mit dem diese seine Sache gemacht werden solle. Die Nationalpolen ständen im schärfsten Gegensatz zum Hansabunde. Es freut uns, daß die Nationalpolen also mit dem Hansabunde nichts zu tun haben, noch zu tun haben wollen. Wenn aber Herr Kryszal die Tatsache, daß mehrere polnische Sozialisten in der Versammlung das Wort verweigert wurde, abtun will mit der Erklärung: „Die Nichterteilung des Wortes in unseren Versammlungen an Personen, die nicht zu unseren nationalen Organisationen gehören und unsere Wahlbehörden nicht anerkennen, beruht auf einer uns alle verpflichtenden grundsätzlichen Bestimmung“, so berührt uns diese skandalöse „grundsätzliche Bestimmung“ über alle Unbill, die wir durch unseren Hallenser Bericht der Partei der Nationalpolen angetan haben. Man muß wissen, mit welchen Reichsverbandsmitteln die Nationalpolen die Sozialdemokratie zu verleumdern pflegen, um die ganze Gemeinheit ihrer „grundsätzlichen Bestimmung“, daß niemals einem Sozialdemokraten das Wort zur Widerlegung gegeben werden darf, zu erneuern.

Frankreich.

Eine Budgetrede Jaurès.

Paris, 18. November. Die Deputiertenkammer setzte heute ihre Beratung über das Budget fort. Jaurès schrieb die Erhöhung der europäischen Staatshaushalte den Ausgaben für militärische Zwecke zu, die ihrerseits wieder in der englisch-deutschen Rivalität begründet seien. Er glaube jedoch an eine freundschaftliche Lösung dieser Rivalität, denn Deutschland würde im Falle eines bewaffneten Konfliktes seine Flotte und seine wirtschaftliche Machtstellung aufs Spiel setzen, und England würde Gefahr laufen, daß es in seinen Kolonien zu Unständen käme. Nebenher wies Jaurès auf die Proteste des deutschen Bürgertums gegen die Steuerzuschläge und auf den englischen Budgetkonflikt hin und sagte, er schäme aus diesen beiden Tatsachen, daß sowohl England als Deutschland Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens hätten. Dennoch müsse Frankreich wachsam bleiben, denn eine abenteuerliche alldemokratische Wüsterheit träume davon, Frankreich im Falle eines Krieges als Geißel zu benutzen. Jaurès sprach sich sodann anerkennend über die würdige, friedfertige Haltung der französischen Politik aus und gedachte lebend Elsh-Lothringen, das mehr als dreißig Jahre lang davon ge-

träumt habe, die Ungerechtigkeit, durch die es deutsch geworden sei, werde wieder gut gemacht werden; das aber darauf verzichtet habe, seine Befreiung von der Gewalt der Waffen zu erwarten, und an Stelle dessen den mutigen Entschluß gefaßt habe, Achtung vor seiner Eigenart zu fordern; es wolle innerhalb seiner Grenzen seine eigene Pflanzgenomie betreiben, in dem Bewußtsein, daß sich Frankreich und Deutschland vielleicht eines Tages über Elsh-Lothringen hinweg die Hände reichen würden. Zum eigentlichen Budget forderte Jaurès, man solle die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer vollständig dem Altersversorgungsfonds der Arbeiter zuweisen; man solle ferner ein Alkoholmonopol schaffen und die Einkommensteuer einführen.

Belgien.

Die Entscheidung der Militärfrage.

Brüssel, 17. November. Die Kammer trat heute in die Spezialberatung der Heeresreform ein. Die Tribünen waren überfüllt. Bis auf acht Deputierte war die Kammer vollständig versammelt. Es herrschte Bewegung wie in den großen Tagen der Wahlreform im Jahre 1899. Die Formel: „Ein Soldat auf jede Familie“ wurde angenommen. Abgelehnt wurde die Bestimmung, daß das Kontingent alljährlich festzusetzen ist, und das Amendement der Liberalen, daß die Dienstzeit der Infanterie auf zwölf Monate ermäßigen will. Der Antrag auf Befreiung der Geistlichen von der Militärpflicht wurde angenommen. —

Italien.

Befristung an Stelle indirekter.

Rom, 18. November. Die Deputiertenkammer nahm heute ihre Arbeiten wieder auf. Bei Beginn der Sitzung gedachte Ferri (Soz.) des Heimanges Lombroso in ehrenden Worten.

Der Ministerpräsident brachte eine Vorlage betreffend eine Reform der Steuern ein. Die Vorlage schlägt eine Herabsetzung der Zucksteuer und eine entsprechende Ermäßigung des Einfuhrzolles auf Zucker vor und zwar soll der Zoll vom 1. Januar 1911 ab für Zucker 1. Klasse von 28,85 Lire auf 20 Lire pro Doppelzentner und der Zoll für Zucker 2. Klasse von 20,50 Lire auf 16 Lire, vom 1. Januar 1913 ab auf 18 bezw. 14,75 Lire und vom 1. Januar 1915 ab auf 15 bezw. 12 Lire ermäßigt werden. Um den dadurch erwaehenden Einnahmeausfall von ungefähr 40 Millionen zu decken, sollen verschiedene Verbesserungen des Gesetzes betreffend die Steuer auf Erbschaften und Besenkungen vorgenommen und eine progressive Einkommensteuer auf Einkommen über 5000 Lire jährlich eingeführt werden. Die Steuer beträgt für Einkommen von 5000 bis 10000 Lire ein Prozent und steigt bis zu sechs Prozent für Einkommen, die mehr als 200000 Lire betragen.

Finland.

Die russische Gewaltpolitik.

Helsingfors, 18. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach 8 1/2 stündiger Debatte schritt der Landtag gestern um 4 Uhr früh zur Abstimmung über die Militärfrage. Um 5 1/2 Uhr gelangte in der zehnten Abstimmung ein Antrag der Grundgesetzkommission zur Annahme, der Regierung zu antworten, der Landtag, der den kaiserlichen Vorschlag unmöglich billigen könne, stelle das Ersuchen, daß der Kaiser die erforderlichen Maßnahmen zur Lösung der Militärfrage gemäß den Grundgesetzen anordnen möge. Der Beschluß erfolgte mit 141 gegen 53 Stimmen. Der Generalgouverneur Boeckmann reiste mit den russischen Senatoren nach Petersburg. Die Entscheidung ließ nicht lange auf sich warten. Der Landtag ist heute aufgelöst worden, zum drittenmal innerhalb zweier Jahre. Die Neuwahlen sind für den 1. Februar festgesetzt. Das Wahlgesetz bleibt unverändert. Die russische Regierung bereitet unterdessen eine polizeiliche Reorganisation Finnlands auf dem Verwaltungswege vor.

Persien.

Ende des Aufstandes.

London, 18. November. Ein Telegramm des Reuterschen Bureaus aus Teheran vom 17. d. Mis. meldet, daß nach dem Abzuge von Nohim Khan und seiner Anhänger in Ardabil die Revolte unterdrückt ist. Regierungstruppen unter dem Polizeichef Eghram haben, nachdem sie in die Stadt eingedrungen waren, die von den Reaktionären errichteten Barricaden zerstört.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Volkstimme in Frankfurt a. M. erschien:

Hermann Wendel, Francisco Ferrer. Ein Kapitel: Reaktion und Inquisition. Erweiterte Vorrede. 16 Seiten. Preis 10 Pf.

Die Broschüre nimmt den Fall Ferrer zum Anlaß einer Darstellung der spanischen Zustände und ihrer historischen Entwicklung. Der Prozeß Ferrer wird charakterisiert und zum Schluß zur Ferrerbegeisterung kritisch Stellung genommen.

Die Krise der Konföderation der Arbeit.

Rom, 15. November. (Fig. Ver.) Wie wir vorangehen hatten, hat der Ausschuh der Konföderation der Arbeit sich mit dem Exekutivkomitee solidarisch erklärt und gleichfalls demissioniert, so daß die Einberufung des Nationalrates für den 12. und 13. Dezember beschlossen wurde. Die heutige Krise geht auf die Resolutionen der Mailänder Arbeiterkammer und des Landarbeiterverbandes zurück, die beide mit der Haltung der Konföderation während des Jarenbesuches unzufrieden waren. Genosse Rigola erklärte bei der Ausschuhstimmung in Turin, daß die Konföderation sich auf der Abstimmung des Kongresses von Modena befände, und daß die Tagesresolutionen einen Mißfall in den früheren Partikularen und Sozialisten bedeuten. Die Initiative bei allgemeinen Agitationen müsse der Konföderation zustehen. Exekutivkomitee und Ausschuh könnten ihre Verpflichtungen nicht anders aufheben als sie es getan. Wenn die Landarbeiter eine andere Richtung wollten, so müßten sie die Verantwortung übernehmen und an Stelle der bisherigen Leiter der Konföderation treten. Aus diesen Erwägungen erfolgte die Demission.

Genossin Altobelli, Sekretärin des Landarbeiterverbandes und Unterzeichnerin des Votums, das der Konföderation geringe Energie bei der Jarenagitation vortarf, erklärte, daß es Gefühlsmanifestationen der Massen gebe, denen man nicht entgegenzutreten könnte und dürste. In gewissen Augenblicken triumphiere das Gefühl über jede Methode. Einen Widerspruch zwischen dem Votum der Landarbeiter in Bologna und den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses von Modena läge sie nicht. Im übrigen mache sie für sich das Recht geltend, mit eigenem Kopfe zu denken. Genossin Altobelli motivierte dann ihre Demission als Mitglied des Ausschusses mit der Meinungsverschiedenheit zwischen ihr und ihren Gefährten. Weiter nahmen bei der Diskussion die Genossen d'Arragona und Cerutti das Wort, die für straffere Disziplin eintraten und für das ausschließliche Recht der Gewerkschaften, nicht der politischen Parteien, Streikbewegungen zu leiten. Die Demissionen wurden einstimmig beschlossen.

Gewerkchaftlichen.

Bitten wir um kommende Gnade!

Nach und nach tauchen aus ihrem dunkeln Dasein die verschiedenen Epsitterchen an Arbeiterorganisationen auf und fühlen sich wichtig genug, zu der Frage des Nachweises der Vergherren Stellung zu nehmen. Jetzt ist's der Evangelische Arbeiterbund, die sogenannte Bochumer Richtung in der evangelisch-sozialen Arbeiterbewegung, die sich ihrer Arbeitermitglieder wegen bemüht sieht, zu der Frage Stellung zu nehmen. Die Bochumer gehören zu den Sezessionisten des evangelischen Gesamtverbandes, 1901 traten sie aus und gründeten mit 33 Vereinen den Evangelischen Arbeiterbund. 1907 gaben sie 10 000 Mitglieder an. Jetzt wollen sie auf ihrer vor einigen Tagen in Gelsenkirchen stattgefundenen außerordentlichen Delegiertenversammlung 70 Vereine mit 13 000 Mitgliedern vertreten haben. Als Referent erklärte der Herr Chefredakteur K u p p e r s - Bochum, daß er beim besten Willen in dem Entwurf nichts finden könne, was der Freizügigkeit oder dem Koalitionsrecht der Arbeiter eine Gefahr bedeute. Ebenso sei die von anderer Seite geäußerte Befürchtung, daß der neue Arbeitsnachweis dazu dienen solle, den Arbeitern die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erschweren, unbegründet. Das Klügste und Beste sei, der neuen Einrichtung gegenüber vorläufig einmal eine abwartende Stellung einzunehmen. Der Korreferent, Bergmann K n o o p - Gelsenkirchen meinte dagegen sehr vernünftigerweise einwenden zu müssen, daß die einseitige Befestigung des Arbeitsnachweises im höchsten Maße geeignet sei, die Freizügigkeit der Arbeiter illusorisch zu machen; danach seien ja schon die Satzungen eingerichtet. Ihn befriedigte aber auch nicht der Vorschlag der vier großen Verbände, einen paritätischen Arbeitsnachweis einzurichten, er befürchte sehr, daß ein solcher unter die Vormachtigkeit irgend welcher gewerkschaftlichen oder politischen Strömungen komme. Die beste Lösung der schwierigen Frage sei ein Reichsarbeitsnachweis. Es bleibt nur sehr fraglich, ob die nationalliberalen Schutzherrn dieser Organisationen für solche Wünsche zu haben sind.

Eigentümlich muß es deswegen immer wieder berühren, wie eilig es diese Leuten stets haben, ihre evangelischen Arbeiter vor gewerkschaftlichen oder politischen Strömungen zu schützen. Und wie oft sind sie doch schon vor politische Intereffen gepannt worden. Und auch diesmal kam es nicht anders. Da erschien, als die Debatte einen ersten Charakter annehmen wollte, der Herr Pastor auf dem Plane, diesmal hieß er P e t e r aus Gelsenkirchen, sonst nannte er sich K a u m a n n, F r a n k e n oder W e b e r, und machte den Vorschlag zu folgender Entschließung:

Die Versammlung dankt für die Vorträge, aus denen sie entnommen hat, daß ein Arbeitsnachweis notwendig ist. Ob die Freunde oder Gegner des Zentralarbeitsnachweises recht haben, wird die Zukunft lehren. Sollte durch die Einrichtung des Arbeitsnachweises das Koalitionsrecht der Arbeiter oder ihre Freizügigkeit gehindert sein, dann würden wir es für erwünscht halten, ein Reichsarbeitsvermittlungsgesetz zu schaffen, die Regierung wäre dann zu bitten, die notwendigen Vorarbeiten in die Hände zu nehmen.

Also abwarten, warten und immer wieder abwarten. Es ist wie mit der ewigen Seligkeit. Es erscheint nur recht zweifelhaft, ob der Herr Pfarrer damit einverstanden wäre, wenn die Arbeiter einmal erklärten, erst abwarten zu wollen, wer Recht habe, die Freunde oder die Gegner dieser Seligkeit. Es ist immer wieder die alte Melodie, Kirchenpolitik ist die Triebfeder! Die katholische Arbeiterbewegung wurde zu stark, da gründete man die evangelische Richtung, nicht wegen der Arbeiter, sondern um der Interessen der Kirche willen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Isolierer.

In einer Mitgliederversammlung der Isolierer, die am Mittwochnachmittag bei Freiheit in der Dragonerstraße tagte, berichtete der Verbandsvorsitzende L a n g e über die Lage des Streiks, der nun bald drei Wochen dauert. Die Lage ist unverändert. Die Streikenden haben alle ihre im Kampfe aus und werden das auch fernherhin so halten, bis das Unternehmerium sich zu einem ehrlichen Friedensschluß bereit findet. Die Unternehmer versuchen mit immer neuen Mitteln, Streikbrecher heranzuschaffen. Ihre in der Gütchiner Straße eröffnete Vermittlungsstelle für Streikbrecher benutzen sie nun nicht mehr wie bisher. Trotz der eifrigen Unterstützung durch uniformierte und geheime Polizei schießen ihnen die Sache dort offenbar nicht mehr zuverlässig genug zu funktionieren. Es ließ sich eben nicht verhindern, daß die Leute, die man von auswärts zu Arbeitswilligen herbeigeht hat, sehr schnell über die Sachlage aufgeklärt wurden. Dem sucht man nun dadurch vorzubeugen, daß man den betreffenden Leuten aufzucht, bei ihrer Ankunft in Berlin sofort zu telefonieren, oder auch sich ohne weiteres nach der Privatwohnung des Unternehmers zu begeben, bei dem sie in Arbeit treten sollen. Merkwürdig ist auch das Verfahren der hiesigen Filiale der Magdeburger Firma O e r t h u m und S c h u l z e, die bei Arbeitswilligen, die sie anzuwerben sucht, den Glauben erwecken möchte, daß sie für das Magdeburger Geschäft arbeiten sollten und der Streik sie deshalb nichts angehe. Man macht das in der Weise, daß man auf den Briefbogen des Berliner Geschäftes den Kopfbau überleht und statt Berlin Magdeburg schreibt. Aber die Streikleitung ist schon längst über diese Schliche unterrichtet. Dem Unternehmerium ist es trotz aller Machenschaften nicht möglich, irgendwie ausreichenden und brauchbaren Ersatz für die Streikenden aufzutreiben.

In der vorigen Woche wurde von Streikenden beobachtet, daß hier und da Isolierarbeiten von Rohlegern und Heizungsmonteur ausführt wurden. Zwei Rohleger, die solche Streikarbeit verrichteten, erklärten, daß sie Mitglieder des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes seien. Es konnte jedoch festgestellt werden, daß sie gelogen hatten. In der nächsten Nummer des Organs dieses Verbandes erschien dann eine Warnung vor Streikarbeit und das hatte unter anderem zur Folge, daß sich die Schlichtungskommission der Rohleger mit dem Streik in Isolierergewerbe befahte. Auf diese Weise kam es zwischen den Isolierern und ihren Arbeitgeber zu Verhandlungen, die am letzten Sonntag stattfinden sollten. Aber die Unternehmer kamen nicht. Sie waren in Hannover und hatten dort mit dem Hauptvorstand ihres Verbandes eine Sitzung abgehalten, die sich unter anderem mit dem Plan einer allgemeinen Aussperrung der Isolierer ganz Deutschlands befahte. Das lag den Herren offenbar mehr am Herzen als die Verhandlungen in Berlin, die dann auf Dienstag verschoben wurden. Sie fanden statt, führten aber, wie zu erwarten war, zu keiner Einigung. Es wurden verschiedene Einigungsvorschläge gemacht, und der letzte ließ darauf hinweisen, daß die Unternehmer bei Akkordarbeit einen Stundenlohn von 65 Pf. garantieren wollten, daß inzwischen über den Akkordtarif verhandelt werden, wenn aber bis zum 15. Februar hierbei keine Einigung zustande kommen sollte, der Tarifvertrag selbst mit dem 1. April 1910 ablaufen sollte. Die Vertreter der Isolierer erklärten sich demgegenüber bereit, dafür einzutreten, daß der von den Unternehmern vorgelegte Akkordtarif unverändert anerkannt werde unter der Bedingung, daß der 65 Pf.-Stundenlohn bei Akkordarbeit garantiert werde, so daß der Tarifvertrag ohne weiteres bis zum 31. Oktober 1910 gelten könnte. Obgleich nun dieses Angebot den Wünschen der Unternehmer weiter

entgegenkam, als der vorige von ihnen gebilligte Vorschlag, lehnten sie es ab und wollten von weiteren Verhandlungen nichts wissen. Sie zeigten damit, daß es ihnen keineswegs um eine Einigung, sondern um Fortsetzung des Kampfes zu tun ist. Bei den ganzen Verhandlungen spielte der auch im Schlossergewerbe bekannte Dr. P a r w o h l eine Art Scharfmacherrolle. Offenbar bilden sich die Unternehmer ein, daß dieser junge Mann mit seinem Doktor-titel auch eine besondere Befähigung habe, über praktische Fragen des wirtschaftlichen Kampfes zu entscheiden. Der Vorschlag, den Tarif mit dem 1. April ablaufen zu lassen, damit das Unternehmerium in der schlechten Geschäftszeit des Jahres nach Belieben schalten und walten könnte, fand natürlich nicht die Billigung der Arbeitnehmer. Der Redner erklärte hierzu, daß er diesen Vorschlag nicht empfehlen könne, es aber ganz der Versammlung überlassen wolle, darüber zu entscheiden. — In der regen Diskussion erklärten sich alle Redner entschieden gegen den Vorschlag aus und für Fortsetzung des Kampfes, und dies wurde dann auch einstimmig von der Versammlung beschlossen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle Isolierer und Helfer, die arbeiten und nicht als Streikbrecher tätig sind, mit einer Arbeitsberechtigungskarte versehen sind, auf der der Name des Betreffenden, seine Buchnummer, die Firma, wo er arbeitet, sowie der Organisationsstempel stehen.

Der Streik in der Sport- und Nebereibteilung der Firma J. Eisbach (Inhaber Martin Hirschfeld und Moritz Nagel), Görlicher Straße 52, dauert unverändert fort. Die Firma hat durch ihren Werksführer Böse und einen Agenten Adolf Danzmann aus Jünna Streikbrecher anwerben lassen. Vier der dem Staate nützlichen Elemente sind aus dem Vororte Strausberg; einer ist aus Kloster Jünna. Besterer, Heinrich mit Namen, hat es offenbar darauf abgesehen, Konflikte mit den Streikposten zu provozieren, die derartige Versuche aber unbeachtet lassen. Eine eigenartige Rolle spielt auch der Werksführer Böse, der — wenn er sich von den Streikposten beobachtet fühlt — mit seinen Schutzbesoldeten aufgeregt in die Polizeiwache am Bahnhof stürzt. Ebenso aufgeregt und eilig kommen daraufhin die beheimteten Sicherheitswächter auf die Straße gelaufen. Eine weitere Arbeit erwächst für sie daraus nicht, da die Streikposten sich in den Grenzen halten, die ihnen nun einmal durch das Gesetz gezogen sind.

Zugung ist nach wie vor fernzuhalten. Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen und Betriebseinschränkungen in den Tapetenfabriken des Rieg- und Ringes (A.-G.).

Der seit kurzer Zeit bestehende Tapetenring, der mit 12 der größten Firmen Deutschlands eine Trustgesellschaft bildet, berichtet in dem jetzt erschienenen Geschäftsbericht über erhebliche Unterbilanz. Die Folge war, daß in der dem Ring angehörenden Tapetenfabrik von Langhammer-Chemnitz 50 Arbeitern gekündigt wurde. Unter dem Hinweis, daß zu teuer produziert werde, erfolgten auch in der Tapetenfabrik von Juen u. Co., Altona-Ottensen, Entlassungen und bedeutende Lohnkürzungen; bei einzelnen Arbeitern 3-5 M. per Woche. Nach ergebnislosen Verhandlungen legten mit Ausnahme der Formstecher, die eine vierzehntägige Kündigung haben, über 200 Arbeiter die Arbeit am Montag nieder.

Anfolge des seit einigen Wochen währenden Streiks in der Tapetenfabrik von Gebr. Rasch in Braunschweig wurde die Streikarbeit nach Wehl und nach Köln zu den Firmen Flamersheim und Steinmann geschickt; in beiden Firmen legten die Tapetenrunder gleichfalls die Arbeit nieder. Damit seien jetzt die Hälfte der in diesen Ringfirmen beschäftigten Tapetenrunder im Streik. Der Ring hat ungefähr die Hälfte der gesamten Produktion in Händen.

Entlarvter Schwindel.

Während des Nürnberger Tischlerstreiks im vergangenen Sommer war im Hofe des Tischlermeisters Marquard ein Bretterstoh umgefallen und hatte zwei spielende Kinder erschlagen, wovon das eine sofort tot war, während das andere schwer verletzt wurde und heute noch nicht wieder hergestellt ist. Man scheute sich damals nicht, dieses Unglück mit dem Scheinerstreik in Verbindung zu bringen, der Meister selbst ließ durchblinden, die Streikenden hätten den Stoh so zugerichtet, daß er einfallen mußte. In einer Verhandlung vor dem Landgericht Nürnberg stellte sich dies als elender Schwindel heraus, denn das brave Meisterlein hatte den Bretterstoh höchst eigenhändig in sehr leichtfertiger Weise aufgeschichtet, weshalb er sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten hatte. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Woche Gefängnis. In der Verhandlung kam auch die seinerzeitige Beschuldigung der Streikenden zur Sprache und das Meisterlein mußte zugeben, daß seine Andeutungen halblöcherliche Verdächtigungen waren, was aber nicht hindern wird, daß diese Geschichte gelegentlich wieder in einer Sammlung von Terrorisismmärchen auftaucht.

Terrorisismmärchen vor Gericht.

Bekanntlich hat die bürgerliche Presse die Vorgänge beim Zelluloidarbeiterstreik in Nürnberg in unerhörter Weise gegen die Streikenden ausgefressen und in den blutigsten Farben den Terrorisism gezeichnet, der von ihnen verübt werde. Die Nürnberger Gerichte verhandeln nun täglich wegen der Fälle, die von jenen Vorgängen herühren, wobei sich ergibt, wie sehr da übertrieben und gelogen worden ist. Es ist schon gegen eine ganze Anzahl solcher Missetäter verhandelt worden, wobei es sich durchweg um ganz harmlose Dinge handelt. Wo das Gericht zu einer Verurteilung gekommen ist, wurden geringe Geldstrafen ausgesprochen. Nur in einem Falle wurde auf Gefängnis erkannt und hier war der Verurteilte kein organisierter Arbeiter, sondern ein Indifferenter und verkommenen Rench, der aus Nürnberg ausgewiesen ist und zu dem ausgesprochenen Zwecke, sich an den Zusammenrottungen zu beteiligen und Raub zu machen, Bannbruch verübte und nach Nürnberg kam. Das einseitige Vorgehen der Polizei wurde am Dienstag in einer Verhandlung gegen einen Bauarbeiter illustriert, der des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Aufreizung beschuldigt war. Er war auf einem Bau in der Nähe der Wolfischen Fabrik beschäftigt und als er sich eines Morgens zum Bau begeben wollte, fand er alle Straßen abgesperrt, weil die Polizei die zur Arbeit kommenden Streikbrecher nicht mit anständigen Leuten in Verührung kommen lassen wollte. Der Bauarbeiter fürchtete, zu spät zu kommen, wurde aber nicht durchgelassen, weshalb er in der Erregung und in der Furcht, seine Arbeit zu verlieren, einige heftige Worte gegen die Polizei gebrauchte. Das sollte Widerstand und Aufreizung sein! Das Gericht nahm aber nur Verleumdung an und erkannte auf 20 M. Geldstrafe. Interessant ist, daß die Polizei, um ein paar Arbeitswillige zur Arbeit zu begleiten, andere, anständige Arbeiter an ehrlischer Arbeit hindert.

Ein Konflikt am Straßburger Stadttheater.

Der allgemeine deutsche Chorsängerverband hat die Bühne des Straßburger Stadttheaters für die Mitglieder des Verbandes gesperrt, nachdem die vom Lokalverband in mehreren Eingaben nachgesuchte Dienstleistung, sowie eine den heutigen Feuerungsverhältnissen einigermaßen entsprechende Erhöhung des Einkommens, ferner die Abstellung sonstiger Mißstände nicht gewährt wurde. Auch eine Interpellation des Verbandsleiters blieb unbeantwortet.

Ausland.

Weitere Verschmelzung französischer Gewerkschaften.

Der letzte französische Gewerkschaftskongress empfahl bekanntlich den Ausbau der Berufsorganisation zu Industrieverbänden. Dieser Aufforderung sind bisher die Gewerkschaften des Baugewerbes und der Metallindustrie gefolgt, die, obwohl einzelne Gruppen ihre sogenannte Autonomie immer noch nicht aufgeben wollen, nun schon recht ansehnliche Landesverbände besitzen. Kürzlich hat nun auch der Zentralvorstand des Bergarbeiterverbandes beschlossen, das Tätigkeitsgebiet der Organisation auf

sämtliche unter Tag bzw. „in der Erde“ beschäftigten Arbeiter auszudehnen durch Verschmelzung mit den für solche noch bestehenden Gewerkschaften der Schieferbrucharbeiter usw. Ein „Einigungskongress“ soll für Anfang des nächsten Jahres nach Albi einberufen werden.

Kommunales.

Aus der Stadiverordnetenversammlung.

Zwei bittere Willen waren es, die gestern den Hausagrarier präsentiert wurden. Um dem Stadtsäckel etwas mehr von dem nötigen Kleingeld zuzuführen, kommt der Magistrat jetzt mit einem neuen Projekt der Einführung einer Wertzuwachssteuer und gleichzeitig mit dem Vorschlag einer Erhöhung der Kanalisationsabgabe. Zur Wertzuwachssteuer haben die Stadiverordneten sich noch nicht geäußert, die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Der Erhöhung der Kanalisationsabgabe hätten sie ohne weiteres zustimmen können, denn zu dieser Maßregel hatte ja die Versammlung selber durch eine im Frühjahr angenommene Resolution den Magistrat ermuntert. Aber auch diese Velle wollten unsere Hausagrarier nicht ohne Sträuben hinunterschluden. Mitglieder der „Neuen Linken“ wie der „Alten Linken“ machten unter Führung des Stadtv. Werner und des Stadtv. Cassel den leider erfolgreichen Versuch, die Vorlage in einen Ausschuss hineinzureiten, wo sie dann nach Möglichkeit verstimmt, wenn nicht ganz abgewürgt werden kann. Oberbürgermeister Kirschner äußerte sein Erstaunen darüber, daß jetzt noch einmal um diese Frage, die bereits entschieden zu sein schien, gestritten werde. Mit welcher Hartnäckigkeit der Kampf immer noch geführt wird, das zeigten die Ausführungen eines der verbohrtesten Hausagrarierführer, des Stadtv. Zden, der in Preußens Landesverband der Hausbesitzervereine zu den leitenden Persönlichkeiten gehört. Dieser Herr sagte, er sei „überascht“, und jammerte, daß nicht die „Allgemeinheit“ den Hausagrarier die ihnen zukommenden Lasten abnehmen wolle. Ihm schlossen sich ein paar der anderen Hausagrarier an, und einer davon drohte im voraus mit dem Oberpräsidenten, auf dessen Einspruch sie ihre Hoffnung setzen. Von unserem Genossen Vorgmann wurde diesen Vertrauensleuten des Hausagrarieriums so kräftig die Wahrheit gesagt, daß sie mit lärmenden Unterbrechungen sich zu wehren suchten. Vorgmann geißelte die Verschleppungstaktik, die hier wieder geübt werde, um die Vorlage zu Falle zu bringen. Auch Stadtv. Hlstein hob hervor, daß von der Ueberweisung an einen Ausschuss nichts Gutes zu erwarten sei. Vertreter warf noch Stadtv. Haberland, der bewährte Vertreter der Grundstückspekulanten sich ins Zeug gegen die Erhöhung der Abgabe bis auf 2 Proz.; es verstand sich von selber, daß er in diesem Chor nicht fehlen durfte. Die Ueberweisung an einen Ausschuss wurde beschloffen; die sozialdemokratische Fraktion stimmte diesem Antrag nicht zu.

Im ersten Teil der Sitzung war es bei zwei Beratungsgegenständen zu Debatten über die Armenpflege gekommen. Hausbesitzerinteressen waren es wiederum, die hinter einer Petition auf Aufhebung der Sperre über die Köllnische Straße standen. Sie wurden warm verteidigt vom Stadtv. Sonnenfeld, der dem Stadtv. Münsterberg die erwünschte Gelegenheit gab, der von ihm selber geleiteten Verwaltung ein Loblied zu singen. Unser Genosse Singer hob hervor, daß man nicht nach den Interessen der Hausbesitzer zu fragen habe, sondern nach dem Wohl der Armen, denen so mancher Hausbesitzer die elendesten Wohnungen vermietet, weil sie kein anderer mehr haben wolle. Die Pflicht, hier einzugreifen, falle dem Polizeipräsidenten zu, nicht dem Magistrat, solange nicht die Forderung einer Uebernahme der Wohlfahrtspolizei auf die Stadt erfüllt sei.

Es folgte dann eine sehr lebhaft ausgesprochene darüber, ob die Heilstättenkuren, für die der Magistrat eine hinter dem Bedürfnis noch immer zurückbleibende Nachbewilligung forderte, nötig und nützlich seien oder nicht. Eine wunderliche Frage, aber Stadtv. Sachs warf sie ernsthaft auf. Dieser Mann hat eine geradezu brutale Art, jede über das nötige hinausgehende Fürsorgepflicht der Gemeinde zu verneinen — nebenbei bemerkt: nicht aus persönlicher Hartberzigkeit (privatim genießt er sogar den Ruf eines „Wohltäters“), sondern aus echt freisinniger Ueberzeugung. Genosse Hünke trat ihm entgegen mit der entschiedenen Forderung, daß im Hinblick auf das Elend der Armen die Fürsorgepflicht der Gemeinde noch sehr viel weiter ausgedehnt werde. Ein Angriff des Herrn Sachs auf die Kerze wurde von unserem Genossen Wald zurückgewiesen, Herr Sachs legte sich dann aufs Streiten. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, der versuchen wird, noch etwas herunterzuhandeln.

Den Schluß der Sitzung machte die Beratung einer Schulbau-Vorlage. Vergeblich versuchten hier unsere Genossen Vorgmann und Singer, Ueberweisung an einen Ausschuss durchzusetzen, weil das in Aussicht genommene Grundstück zu klein ist. Der Mehrheit war es groß genug, sie nahm die Vorlage ohne weiteres an.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wirkung der Pflanzhege.

Paris, 18. November. In Chassigny bei Chalons sur Saone weigerten sich die SchülerInnen, die von den Bischöfen bestimmten Lehrbücher zu benutzen. Die Mütter dieser Schulkinder verbrannten öffentlich die verfeimten Bücher.

Zuckersteuer für Griechenland.

Athen, 18. November. (W. L. B.) Der Finanzminister brachte in der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung des einheimischen Zuckers ein und hob die guten Ergebnisse hervor, die die Verträge, Zucker aus Mosinen zu gewinnen, gehabt haben.

Waffenmehleien in Nicaragua.

Washington, 18. November. (W. L. B.) Zwei Amerikaner die der Armee der Revolutionäre von Nicaragua Dienste geleistet hatten und gefangen genommen waren, sind vom Präsidenten Jela zu Tode verurteilt worden. Depeschen, die beim Staatsdepartement eingegangen sind, besagen, daß das Urteil bereits vollstreckt worden sei. Zwei amerikanische Kriegsschiffe sind eiligst nach Nicaragua entsandt worden. In New Orleans angekommenen Reisende berichten, daß über 500 Personen, die verdächtig waren, mit den Revolutionären zu sympathisieren, in summarischem Verfahren erschossen worden seien und daß Präsident Jela weitere Einrichtungen vornehmen lasse.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Stadtverordneten-Versammlung.

31. Sitzung vom Donnerstag, den 18. November, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Michel nach 5 1/2 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die erste Lesung der Magistratsvorlage betr. die Einführung einer Wertzuwachssteuer.

Ueber die Petition des Bezirksvereins Alt-Köln um Aufhebung der von der Armenverwaltung verhängten Sperrung der Köllnischen Straße für Armenunterstützungen war der Petitionsausschuß zur Tagesordnung übergegangen.

Stadtv. Sonnensfeld (A. L.) tritt für seine Person dem Ausschussantrag entgegen. Die Sperre sei schon am 6. Oktober 1908 verhängt; ihre Ursache scheine darin zu liegen, daß sich dort angeblich Subalter breit machen und sogar gegen einen städtischen Ehrenbeamten Drohungen ausgesprochen hätten.

Stadtrat Münsterberg: Der Ausdruck „Sperre“ gibt der Sache ein ganz schiefes Aussehen; die Maßregel der Armenverwaltung ist sehr harmlos. Die Verwaltung steht damit durchaus auf gesetzlichem Boden.

Stadtv. Singer (Soz.): Die Debatte entrollt ein sehr unerfreuliches Bild vom Großstadtleben im Zentrum der Stadt. Es handelt sich hier aber weniger um eine theoretische Erörterung als darum, ob die Armenverwaltung ihrer Aufgabe in vollem Ausmaß genügt hat.

Ich benutze die Gelegenheit, dem Magistrat den Wunsch zu erkennen zu geben, daß er das seinige tun möge, eine Aenderung des Zustandes in die Wege zu leiten, die die Stadt zwar die Kosten für die Polizei zu zahlen hat, aber kein Wort in die Polizeiverwaltung dazwischenreden darf.

Stadtv. Gassel (A. L.): Es kommt darauf auch gar nicht an; das Schwergewicht liegt darin, daß sich Dürren, Inhäler usw. angemeldet in diesen Quartieren aufhalten. Meine Fraktion will vor allem verhindern, daß denjenigen, die solche elenden Wohnungen vermieten, auf diese Weise noch gar Entgegenkommen gezeigt werde.

Stadtv. Gassel (A. L.): Es kommt darauf auch gar nicht an; das Schwergewicht liegt darin, daß sich Dürren, Inhäler usw. angemeldet in diesen Quartieren aufhalten.

Der Antrag Sonnensfeld wird abgelehnt; die Mehrheit entscheidet nach dem Ausschussantrag.

Zur Unterbringung von Hilfsbedürftigen in Heilstätten, Erholungsstätten usw. in Fällen, die über die gesetzliche Armenpflege hinausgehen, stehen der Armenverwaltung im Etat 100 000 M. zur Verfügung. Dieser Fonds ist bereits bis auf 21 000 M. aufgezehrt.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortsch.): Die Vorlage ist eine der merkwürdigsten, die je an uns gelangt sind. Stadtrat Münsterberg fordert 175 000 M.; der Magistrat bewilligt ihm nur 100 000 Mark, erteilt ihm gleichzeitig einen kleinen Verweis und zieht uns in die ganze Angelegenheit mit ungewöhnlicher Offenherzigkeit hinein.

Stadtrat Münsterberg: Daß Deputationen mit ihren Bewilligungsanträgen beim Magistrat nicht voll durchdringen, ereignet sich jeden Tag. Mit den 100 000 M. wird die Armenverwaltung eben auch versehen, ohne Etatsüberschreitung auszulommen.

Stadtv. Sachs (A. L.) meint, es sei vorgekommen, daß von bequemen Ärzten Kinder hinausgeschickt werden, die es gar nicht nötig haben.

Stadtv. Dintze (Soz.): Mit dem letzteren Ausdruck läßt doch auch der Stadtrat Münsterberg die Auffassung zu, daß bisher des Guten zu viel geschehen sei.

Stadtv. Gassel (A. L.): Prinzipiell haben wir gegen eine Erhöhung der Gebühr nichts. Ausschussberatung halten wir zur Begründung des Bedürfnisses auch heute für notwendig.

Stadtv. Gassel (A. L.): Prinzipiell haben wir gegen eine Erhöhung der Gebühr nichts. Ausschussberatung halten wir zur Begründung des Bedürfnisses auch heute für notwendig.

Stadtv. Gassel (A. L.): Prinzipiell haben wir gegen eine Erhöhung der Gebühr nichts. Ausschussberatung halten wir zur Begründung des Bedürfnisses auch heute für notwendig.

Stadtv. Gassel (A. L.): Prinzipiell haben wir gegen eine Erhöhung der Gebühr nichts. Ausschussberatung halten wir zur Begründung des Bedürfnisses auch heute für notwendig.

demokrat das gesagt hätte! Das ist keine Art, hier zu diskutieren.

Nach Schluß der Diskussion und Austausch persönlicher Bemerkungen zwischen Sachs und Gassel geht die Vorlage an einen Ausschuss.

Die Hochschule der Juwelier-, Gold- und Silberschmiedekunst soll vom 1. April 1909 an auf die Stadt übertragen werden; die Kosten, die der Gemeinde zur Last fallen, werden circa 1800 M. jährlich betragen.

Stadtv. Borgmann (Soz.) hält die Angabe, daß die Kosten in Zukunft nur 1800 M. für das laufende Jahr nur 1200 M. betragen werden, für nicht zutreffend, da die Summe schon 1907 für die Schule 4000 M. ausgegeben hat.

Stadtv. Meusel (Soz.-fortsch.): Die Goldschmiede haben ihre Pflicht zur Ausbildung der Lehrlinge durchaus erfüllt. Es muß zwischen den Handelsgeschäften und den Werkstätten ein großer Unterschied gemacht werden.

Stadtv. Borgmann: Ich konstatiere, über meine erste Bemerkung hat der Magistrat sich zu äußern keinen Anlaß genommen. Die Vorlage wird genehmigt.

Im Anschluß an die allgemeine Beamtenbeförderungsausschreibung sollen nachträglich auch die mittleren und unteren Bureaubeamten der Berliner Berufsfeuerwehr Zulagen bzw. Gehaltserhöhungen erhalten.

Die Versammlung stimmt dem Antrag ohne Debatte zu.

Nachdem der Oberpräsident die Mietsentschädigung für die städtischen Gemeinde- und Hochschullehrerinnen abweichend von dem Vorschlag der Gemeindebehörden auf 650 M. normiert, also um 50 M. gekürzt hat, schlägt der Magistrat vor, zum Ausgleich die Ortszulagen ab 1. April 1908 entsprechend zu erhöhen.

Die Vorlage wird angenommen.

Einer Resolution entsprechend, die die Versammlung bei der letzten Etatsberatung gefaßt hat, legt der Magistrat den Antrag vor, die von den Berliner Grundbesitzern zu zahlende Kanalisationsgebühr von 1/2 auf 2 Proz. des Grundstücksnutzwertes zu erhöhen.

Stadtv. Werner (A. L.): Prinzipiell haben wir gegen eine Erhöhung der Gebühr nichts. Ausschussberatung halten wir zur Begründung des Bedürfnisses auch heute für notwendig.

Stadtv. Gassel (A. L.): Prinzipiell haben wir gegen eine Erhöhung der Gebühr nichts. Ausschussberatung halten wir zur Begründung des Bedürfnisses auch heute für notwendig.

Stadtv. Gassel (A. L.): Prinzipiell haben wir gegen eine Erhöhung der Gebühr nichts. Ausschussberatung halten wir zur Begründung des Bedürfnisses auch heute für notwendig.

Stadtv. Gassel (A. L.): Prinzipiell haben wir gegen eine Erhöhung der Gebühr nichts. Ausschussberatung halten wir zur Begründung des Bedürfnisses auch heute für notwendig.

Stadtv. Gassel (A. L.): Prinzipiell haben wir gegen eine Erhöhung der Gebühr nichts. Ausschussberatung halten wir zur Begründung des Bedürfnisses auch heute für notwendig.

Kleines feuilleton.

Die unsterbliche Flora. Die arme Wüste kann immer noch keine Nase finden. Da ihre bisherigen Offenbarungen (nach der Verhandlung mit Röntgenstrahlen) für Herrn Wode so niedererschlagend waren, soll sie nochmals untersucht werden.

Die bürgerliche deutsche Presse hat übrigens zu einem kleinen Teil schon angefangen zu begreifen, daß die Frage vor allem auch in England spielt und daß man die englischen Blätter verfolgen muß.

Es ist wirklich sehr schwer, diesen ganzen Kunststreich, der täglich auf eine neue Basis gestellt wird, anders als satirisch zu behandeln.

Über gegen eine Unterstellung derselben „Tägl. Rundschau“ müssen wir nochmals hervorheben, daß die deutsche Presse sich die Praktiken des Herrn Wode in der Behandlung der deutschen Presse bis zum Donnerstag ruhig gefallen ließ.

Deutsche Flugleistung. Der Ingenieur Grabe, der kürzlich den Langpreis gewann, hatte bisher nur Flüge von weniger als einer

Viertelstunde ausgeführt. Am Sonntag brachte er es in Bremen zum ersten Male fertig, fast eine Stunde in der Luft zu bleiben. Nach 54 1/2 Minuten zwang ihn der Mangel an Schmieröl zu landen.

Eine einheitliche Karte der ganzen Erde. Auf Einladung der großbritannischen Regierung trat am 18. November in London eine fachmännische Konferenz zusammen, die die Grundzüge einer einheitlichen Karte der ganzen Erde beraten soll.

Die Logik der Zensur. Mögen die Leser nicht erschrecken: es gibt keine Logik der Zensur, ja die ganze Zensur ist unlogisch. Insofern ist es auch aussichtslos, gegen eine solche Einrichtung mit den Waffen der Logik und Vernunft anzukämpfen.

Humor und Satire.

Wachsfiguren.

Der Wode ist ein kluger Mann, das zeigt uns sein Gebaren: von Wachs'ne Wüste schafft er an, ist weit danach gefahren.

Wax scheint sie nicht vollkommen eßt, es wird noch drum geknabelt, doch im Prinzip hat Wode recht, denn gar zu ungehobelt

war unsere Skulptur bisher: aus Stein, Erz, Holz aus Wachsen, die sich nur mühsam hinterher nach Laune modellieren lassen.

Wachs ist ein ganz besonderer Stoff! (Vergleiche jene Nase des preußischen Generals, die trotz zum allerhöchsten Späße.)

Was macht der Umbau doch für Mühe von Burgen und von Schlössern! Ich wären alle wachsern sie, wie leicht wär' das Verbessem!

Drum sag' ich: Wachsfiguren her! Da kann man forrigieren und, wo es etwa nötig wär', beliebig restaurieren!

Franz.

Notizen.

Vorträge. In der von der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft veranstalteten Vortragsreihe spricht am Freitag Regierungsrat Dr. Ing. Rützelius im Kunstgewerbemuseum über: „Das Wohnhaus auf dem Lande“. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Die Logik der Zensur. Mögen die Leser nicht erschrecken: es gibt keine Logik der Zensur, ja die ganze Zensur ist unlogisch. Insofern ist es auch aussichtslos, gegen eine solche Einrichtung mit den Waffen der Logik und Vernunft anzukämpfen.

Temperanzunterricht in den Schulen. In Schweden, wo die Abstinenzbewegung die größten Erfolge erzielt hat, sind vom Guttemplerorden Abstinenzschulen gegründet worden.

2 Proz. anheimgegeben, wozu nun diese breite Debatte und diese Erörterung für die Geschäftsführung des Magistrats?

Stadtv. Jolitz (A. L.) wendet sich ebenfalls gegen die Vorlage. Die Grundstücke der angeschlossenen Vororte zählten in Berlin viel weniger als die Berliner.

Stadtv. Landsberg (A. L.): Wenn wir die Gebühr jetzt erhöhen, ist noch lange nicht gesagt, daß der Oberpräsident das genehmigt. (Unruhe.) Man will hier die Allgemeinheit entlasten und den Hausbesitzern ohne Grund eine neue Last auferlegen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Stadtv. Borgmann: Die Frage ist ausgiebig hier erörtert worden, so daß zweifelhafte Klarheit darüber herrscht. Wenn ein Teil der Bevölkerung trotzdem Ausschubberatung wünscht, so werden wir uns dafür erklären. Wenn Herr Landsberg behauptet, man wolle hier die Allgemeinheit entlasten und die Grundbesitzer bluten lassen, so muß ihm entgegengehalten werden, daß doch die Grundbesitzer die Last sofort wieder auf die Mietten schlagen. (Lebhafte Ausdrücke des Unwillens bei den Hausbesitzern.) — Aber die Herren wissen doch, daß ein Grundstück, das keine Kanalisation besitzt, sofort um ein ganz Erhebliches im Werte steigt, wenn es Kanalisation erhält. 1908 sind nicht weniger als drei Millionen Mark aus allgemeinen Mitteln für den Kanalisationsdienst an Zuschuß geleistet worden. Die Anträge Werner zeigen die Reife der Antragssteller, die Beratung zu verschleppen. Eine solche Verschleppungspolitik kann nur sehr zum Schaden der Allgemeinheit ausschlagen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Kann denn die Ausgabe für die Kanalisation überhaupt jationär bleiben? Nein, sie wird steigen. Auf den Kieselgütern haben wir 3000 Arbeiter, deren Bezüge auch erhöht, deren Arbeitsverhältnisse modern gestaltet werden müssen; es darf dort keine Kinderarbeit mehr stattfinden, wie es jetzt der Fall ist. Herr Jolitz ignoriert gänzlich die Verträge, die die Stadt Berlin mit den angeschlossenen Vororten geschlossen hat. Für Charlottenburg würde übrigens automatisch der von uns erhöhte Betrag Geltung erlangen. Also stehe Herr Jolitz zunächst einmal in die Verträge seine Nase. (Weiterkeit.) Ein so schlechtes Zeugnis wird sich die Versammlung doch nicht ausstellen wollen, daß sie einen im März gefaßten Beschluß im Herbst wieder aufhebt.

Stadtv. Werner wendet sich in erregter Weise gegen die Kritik, die seine Anträge erfahren haben.

Stadtv. Alstein (soz.-fortschr.) kann die Befürchtung nicht verbergen, daß die erneute Ausschubberatung für die Vorlage nichts Gutes verheißt.

Stadtv. Gassel: Die letztere Deduktion ist doch sinnlos. Es fragt sich, ob bis auf 2 Proz. erhöht werden muß oder ob man darunter bleiben kann. Die Ausschubberatung ist also völlig gerechtfertigt. Bedauern muß ich außerordentlich, daß eine Bemerkung fallen konnte, wie die, die sich auf den Oberpräsidenten bezog. (Zustimmung.)

Stadtv. Dove (A. L.) teilt seinen Fraktionsgenossen Jden, Landsberg und Jolitz entgegen. Vom Hochhalten der Selbstverwaltung könne der nicht mehr reden, der schon jetzt den Oberpräsidenten um Hilfe anruft. Er (Redner) habe übrigens vor dem Oberpräsidenten gar keine Angst. Wenn er die Wahl habe zwischen dem Oberpräsidenten und den Vertretern des Grundbesitzes, so ziehe er den letzteren vor. (Demonstrativer Beifall der Nichtausbesitzer.)

Stadtv. Haberland (A. L.) legt sich mit großem Eifer für die Ausführungen der Hausbesitzer in seiner Fraktion ins Zeug. Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage geht an einen Ausschub.

Der Antrag Werner auf Mitüberweisung des Antrags wegen Einrichtung einer kaufmännischen doppelten Buchführung an diesen Ausschub bleibt in der Minderheit.

Der Ankauf eines Schulgrundstücks an der Berliner Straße auf dem Gesundbrunnen war von der Versammlung 1906 dornenmäßig wegen des zu hohen Kaufpreises abgelehnt worden. Der Magistrat bringt jetzt eine Vorlage, wonach daselbe Grundstück für einen etwas ermäßigten Preis angekauft werden soll. Das Grundstück soll jetzt nicht 6070 Quadratmeter, sondern nur 5568 Quadratmeter Fläche haben.

Stadtv. Bergmann bemängelt, daß die Fläche des Schulgrundstücks verkleinert und die Schule ganz auf Hinterland gebaut werden soll. Er beantragt Ausschubberatung, besonders auch zur Prüfung der Frage, ob der Schulhof noch eine genügende Größe aufweisen werde.

Stadtv. Buchow, Stadtv. Jacobi und Oberbürgermeister Rirscher treten dem Stadtv. Borgmann entgegen.

Der Antrag auf Ausschubberatung wird abgelehnt.

Stadtv. Singer wiederholt in der zweiten Beratung den Antrag auf Ausschubberatung.

Stadtschulrat Dr. Fischer erklärt ebenfalls die Größe des Schulhofs für ausreichend.

Die Ausschubberatung wird abermals abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Die Beratung der Wertzuwachssteuer-Vorlage wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluß nach 1/10 Uhr.

Haus Industrie und Handel.

Konkurs in der Holzindustrie. Die Firma Gebr. Vogel u. Co. hat infolge der Zahlungsschwierigkeiten der Holzfirmen Brühl-Walentin Konkurs anmelden müssen.

Spridividende. Die Posener Spiritus-Kniengeellschaft soll für das laufende Jahr, so hat der Aufsichtsrat schon beschlossen, wieder eine Dividende von 25 Proz. abstoßen. Der Schnaps bringt was ein.

Unter Abschluß. Die Eduard Singel Kniengef. Schufabrik erzielte im letzten Geschäftsjahre bei 8 Mill. Mark Aktienkapital einen Gewinn auf Warenkonto in Höhe von 1.295.253 M. gegen 1.283.455 M. im Vorjahre. Nach Abzug von 505.791 M. (514.144 M.) Unkosten usw. verbleibt einschließlich 85.287 M. (81.107 M.) Vortrag ein Ueberschuß von 677.718 M. gegen 675.287 M. Darans sollen dem Reservefonds wieder 40.000 M., dem Spezialreservefonds wieder 15.000 M. zugewiesen, wieder 17 Proz. Dividende gezahlt und 37.718 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Soziales.

Die Mantelfrage vor dem Reichsgericht.

Wiederholt haben wir betont, daß es dem Gesetz durchaus widerspricht, die Verkäufer, Filialleiter, Lagerhalter in weiterem Umfange für Manko hafte zu lassen, als eine Verschuldung der Verkäufer usw. vorliegt. Ferner liege die Beweislast für die Verschuldung der Firma ob.

Diese Betonung war gegenüber der selbst in Berlin bei Gewerbe- und Kaufmannsgerichten und dem Landgericht zum Ausdruck gebrachten gegenteiligen Ansicht erforderlich. Und um so notwendiger, als das Landgericht zur Rechtfertigung seiner den Angeklagten falschen Ansicht sich auch auf Vertragsklauseln von Konsumvereinen berufen hatte.

Dieser Tage hat nun das Reichsgericht einen Prozeß entschieden, in dem es zugunsten der Verkäuferin im wesentlichen der von und seid vertretenen Ansicht beiträgt. Der Rechtsfall lag folgendermaßen:

Eine Berliner Firma hatte in ihrer Watter-, Eier- und Käsefabrik in Schwelm (Medienburg) eine Verkäuferin als Leiterin mit vierwöchentlichem Gehalt angestellt. Da sich bei den Inventuren Fehlbeträge von 300—400 M. ergeben hatten, war es zu Uneinigkeiten zwischen den Vertragsparteien gekommen, so daß

schließlich die Verkäuferin um ihre Entlassung bat. Die Firma klagte daraufhin gegen die Verkäuferin auf Ersatz der mehrjährigen Fehlbeträge und machte zuerst einen Schaden von 600 M. geltend, welche Forderung sie später auf 2500 M. erhöhte. Sie erklärte, daß es unmöglich sei, daß durch das Einwiegen beim Verkauf und durch das Vertrocknen der Ware ein so großer Fehlbetrag sich ergeben könne. Die Verkäuferin müsse Unterschlagungen gemacht haben. So habe sie einen jungen Mann, der sich zum Doktorexamen vorbereitete, lange Zeit fast vollständig ausgehalten, ohne die dazu gehörigen Mittel zu besitzen. Außerdem habe sie nach dem Vertrage aber auch für den natürlichen Schwund. Denn sie habe die Waren auf eigene Rechnung gekauft und wieder verkauft.

Das Landgericht Berlin erkannte nach Vernehmung eines Sachverständigen, der befandete, daß der natürliche Schwund der Ware nicht die angesetzten Beträge erreichen könnte, auf Verurteilung der Beklagten. Dieses Urteil wurde auf die Berufung der Beklagten vom Kammergericht zu Berlin aufgehoben und die Klägerin mit ihrer Klage abgewiesen, falls die Beklagte den Eid leistet, daß sie Unterschlagungen an Erlös oder Waren nicht gemacht hat.

Gegen das Urteil des Kammergerichts hatte die Klägerin Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der III. Zivilsenat bestätigte jedoch das Vorderurteil und erkannte auf Zurückweisung der Revision, indem er dazu folgendes erklärte: Der Berufungsrichter gibt zwei selbständige Gründe. Ein Beweis für wirkliche, von der Beklagten nach dem Engagementvertrage vom 2. Mai 1895 zu ersehende Fehlbeträge ergebe sich weder aus den erst nachträglich, nämlich innerhalb des Zeitraums von acht Jahren seit Entlassung der Beklagten bis zur Klageerhebung, auf leicht möglich unvollständige Unterlagen hin in Ordnung gebrachten Büchern der Klägerin, noch aus den Frachtbriefen, noch aus den Warenspezifikationen. Es sei weder das Nettogewicht der übergebenen Waren, noch der durch Eintrocknen und Verderb der ihrer Natur nach schnell verderblichen Waren erwachsende Preisabgang festzustellen. Diese Auffassung ist rein tatsächlicher Beweiswürdigung. Und ausgegangen ist von der zutreffenden Rechtsansicht, daß der durch Eintrocknen und durch anfänglichen oder nachträglichen Verderb der Ware erwachsende Preisabgang nach dem Vertrage vom 2. Mai 1895 die Klägerin, nicht die Beklagte trifft. Daß die Beklagte, welche durch diesen Vertrag als Verkäuferin der Klägerin engagiert war, für den ihr vorgeschriebenen Verkaufspreis wie eine Selbstkäuferin hafte, ist von der Klägerin selbst in den Vorinstanzen nicht behauptet und wird durch den Vertrag widerlegt. Daß der Berufungsrichter trotz dieses negativen Beweisergebnisses dazu kommt, der Beklagten einen richterlichen Eid über etwaige Unterschlagungen an Erlös oder Waren aufzuerlegen, beschwert die Klägerin nicht. Und so mehr als zu diesem richterlichen Eide führt auch nicht die Behauptung der Klägerin, die Beklagte habe damals einen jungen Mann fast völlig ausgehalten.

Zu wünschen wäre, daß nunmehr auch alle Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, sowie das Landgericht an dem Grundsatz festhalten: Verkäufer, Filialleiter, Lagerhalter usw. haben auch bei entgegenstehendem Wortlaut des Vertrages nur für das Manko einzutreten, das durch von der Klägerin nachgewiesenes Verschulden der Verkäufer entstanden ist.

Das Kaufmannsgericht in der Konditorei.

Die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts fand sich vorgestern zu einer Lokalbesichtigung in der Konditorei von C. Hellbrich in der Leipziger Straße ein, um durch drillihe Inaugensichtnahme in einem zwischen der besagten Konditorei und der lagbar gewordenen Kassiererin Grete V. schwebenden Rechtsstreit Klarheit zu gewinnen. Der Fall lag folgendermaßen: Die Klägerin war in einem von den Kostkümmlern durch eine Kloster getrennten Nebenraum mit einer Kollegin in Streit geraten und beide hatten sich dabei gegenseitig recht bedenkliche Verbalinjurien an den Kopf geworfen. Als der Geschäftsführer die sich Janenden zur Ruhe verwies, soll Fr. V. so laut weiter standaliert haben, daß der Lärm im Lokal gehört werden mußte. Da alle Ermahnungen nichts fruchteten, wurde seitens des Geschäftsführers die sofortige Entlassung ausgesprochen. Die Klägerin wendet nun ein, daß es bei der Bauart der Lokalitäten gar nicht möglich sei, daß der Lärm bei den Gästen der Konditorei hätte Aufmerksamkeit erregen können; erstens würde in dem Nebenraum vom Personal immer mehr geschrien als gesprochen und sodann halte die Glaswand den Schall so stark ab, daß man im Lokal nichts höre. Nebenbei sei die Kollegin, die die Janerei angefangen habe, nicht entlassen worden. Der Geschäftsführer bekennt dagegen, daß der Lärm so groß war, daß man ihn sogar in der höheren Etage hörte.

Bei dem Widerstreit der Ansichten über diesen ausschlaggebenden Punkt beschloß das Kaufmannsgericht, eine sofortige Lokalbesichtigung vorzunehmen. Das gesamte Kollegium einschließlich der Parteien begab sich nach der nahe gelegenen Konditorei und kehrte nach etwa einviertelstündiger Besichtigung wieder in das Gerichtsgebäude zurück. Bei Wiederaufnahme der Sitzung verhandelte der Vorsitzende, Magistratsassessor Dr. Liebrecht, folgendes Urteil: Die Klägerin wird mit ihrem Anspruch auf Restgeltung abgewiesen. Die Besichtigung hat ergeben, daß die Konditorei der Beklagten vom besten Publikum besucht wird, daß während der Geschäftszeit größte Ruhe herrscht und daß genkende Verkäufe entschieden auf die Vornehmheit des Lokals einen ungünstigen Einfluß ausüben. In einem solchen Milieu muß mehr als in einem anderen Betriebe für Ruhe und Ordnung gesorgt werden, die Entlassung war wegen der Unvollständigkeit damit berechtigt.

Rechts-Zeitung.

Wohltätigkeitschwindel.

In mehrtägiger Verhandlung hatte sich die 6. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Gobel mit einem Manne zu beschäftigen, der in „Wohltätigkeit“ machte und wegen seiner Tätigkeit auf diesem Gebiete schon mehrfach die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Es handelte sich um den Architekten Adolf Eichbaum, dessen Ehefrau als Sängerin wiederholt aufgetreten ist. Er war wegen Betruges in mehreren Fällen unter Anklage gestellt. Seinerzeit war hier ein Verein gegründet worden, der es sich zur Aufgabe machte, Künstler, die durch Engagementslosigkeit in Not gerieten, zu unterstützen. Zu diesem Zweck sollten große Wohltätigkeitsaufführungen unter Mitwirkung hervorragender Künstler stattfinden, außerdem war geplant, den Verein zu einer Zentrale für Theaterbilletterverkauf auszubilden, die an gewissen Tagen die gesamten Einschularen von den mit dem Verein in Verbindung tretenden Theatern zu Vereinspreisen übernehmen und durch den Weiterverkauf Ueberschüsse erzielen sollte, welche in die Vereinskasse fließen und den statutenmäßigen wohltätigen Zwecken dienen sollten. Der Grundgedanke, dem der Verein sein Dasein verdankte, war ein ganz vernünftiger und lenkte sehr vielen Bühnenkünstlern in dem Maße ein, daß sie Mitglieder wurden. In den Vorstand wurde beispielsweise Kammerfänger Rothmühl neben einer Anzahl anderer Personen gewählt, der wirkliche Leiter war aber der Angeklagte, der die gesamten geschäftlichen Angelegenheiten in der Hand hatte und nach dem Zeugnis verschiedener Mitglieder diese Geschäfte auch mit großem Eifer versah, leider behauptete aber die Anklage, daß das von dem Verein erreichte in übergroßem Mißverhältnis stand zu den außerordentlich hohen Betriebskosten, die der Angeklagte in Rechnung stellte. Die Art seiner Geschäftsführung erregte bei manchen Mitgliedern große Bedenken und demog den Kammerfänger Rothmühl

und mit ihm andere Mitglieder, sich von dem Unternehmen sehr bald vollständig zurückzuziehen. Die Geschäfts- und Kassenführung des Angeklagten als Vertreter des Vereins unterlag in der Verhandlung einer überaus eingehenden Prüfung, die notwendig war, um zu entscheiden, ob der Angeklagte bei den zur Entschuldung stehenden Beitragsfällen, in denen er bei verschiedenen zum Teil Goldjaden als Jubiläum- und Ehrengaben für Künstler auf Kredit entnommen und teilweise verkauft hatte, in gutem Glauben gewesen sein könne. Das Gericht sprach den Angeklagten in einem Falle frei, beurteilte ihn aber in den übrigen Anlagefällen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Der Angeklagte war schon während der Verhandlung in Haft genommen worden. Der Staatsanwalt hatte 2 1/2 Jahre Gefängnis in Antrag gebracht.

Das recht eigenartige Schicksal der Loie Fullerischen Tänzerinnen

Spätere in eine Verhandlung hinein, mit welcher sich gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte zu beschäftigen hatte. Angeklagt wegen Unterschlagung bezw. Rötigung und Beleidigung war der Pensionatsinhaber Eugen Reinhardt und dessen Ehefrau Marie R. — Anfangs d. J. trat die bekannte Tänzerin Loie Fuller mit ihrer aus sechs Engländerinnen bestehenden Tanzgruppe in einem hiesigen Theater auf. Die sechs Tänzerinnen wurden von Miß Fuller in dem Pensionat der beiden Angeklagten in der Varienstraße untergebracht. Da Miß Fuller die Pension nicht bezahlte, mußten die jungen Engländerinnen eines schönen Tages das Pensionat verlassen. Vorher hatte ihnen die Angeklagte R., um sich schadlos zu halten, sämtliche Kostüme und Kleider und sogar die alternativen Leinwand einbehalten. Die sechs Tänzerinnen verzweifelten, unter denen sich noch mehrere Kinder befanden, gerieten hierdurch in die größte Verlegenheit. Es wurde ihnen der Rechtsanwalt Dr. Ahmann als Pfleger bestellt, der auf dem Wege einer einstweiligen Verfügung die Angeklagte zur Herausgabe der einbehaltenen Sachen auffordern ließ. Diesem Antrage wurde stattgegeben, zumal nicht die sechs Tänzerinnen, sondern Miß Fuller als eigentliche Schuldnerin der R.ischen Eheleute in Frage kam. Die Angeklagten verweigerten trotz des Gerichtsbeschlusses die Herausgabe der Sachen. Als schließlich der Gerichtsvollzieher erschien, erklärten sie, daß sie die Sachen bei einem Kaufmann Löwenthal lombardiert haben. Nachdem sich ergeben hatte, daß dieser die Sachen nicht in seinem Besitz hatte, wurde gegen die Angeklagten ein Offenbarungsverfahren in die Wege geleitet. Gegen beide mußte Haftbefehl erlassen werden, da sie nicht vor Gericht erschienen. Frau R. erklärte schließlich, daß sich die Sachen noch in ihrem Pensionat befänden. Als hier der Gerichtsvollzieher Kofelek in Begleitung des Bureauvorstehers Pfanz und der Tänzerin Sunshine Ray erschien, rief R. der letzteren noch eine Heberboos von den Schufern, um sich daran schadlos zu halten. Die Sachen wurden beschlagnahmt und dem Eigentümerinnen ausgehändigt. Rechtsanwalt Dr. Ahmann erhielt später seine dem Angeklagten zugestellte Kostenrechnung mit einem in höhnischem Tone gehaltenen Brief zurück. Ferner telephonierte er an Dr. A., daß er dessen Angeklagten, wenn sie ihn noch einmal in dieser Sache aufsuchen würden, das Genick brechen würde. — Das Schöffengericht erkannte bezüglich der Ehefrau R. wegen der Unterschlagung auf Freisprechung, da eine Uebergabe der Sachen an den Zeugen Löwenthal noch nicht stattgefunden hatte und die Verpändung demnach nicht rechtmäßig gewesen war. Dagegen wurde der Ehefrau Reinhardt wegen versuchter Rötigung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus der Schulstube.

Vom Landgericht Essen (Ruhr) ist am 6. Februar der Oberlehrer Karl Schröder wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Er war am Progymnasium in Buer tätig und verwies die lärmenden Schüler der Sexta, deren Lehrer er nicht war, zur Ruhe. Ein Schüler schielte über seinen fremdartigen Dialekt. Der Lehrer packte ihn dafür mit beiden Händen an den Seiten des Kopfes. Dadurch rief er an beiden Seiten die Haare aus, so daß zehnpennige Lächer entstanden. Von Ausübung des Jüchtigungsrechtes konnte nach Ansicht des Gerichts keine Rede sein. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht am Mittwoch verworfen.

Es wäre zu wünschen, daß eine gleiche Prozedur endlich auf die Gemeindefschulen ausgebeugt würde.

Aus den Geheimnissen einer bayerischen Backstube.

Begen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hatte sich vor dem Landgericht Nürnberg der Bäckermeister Engelbrecht zu verantworten. Der Mann macht ein Vombengeschäft mit einer in Nürnberg und darüber hinaus bekannten Dreizehlspezialität. Nun war beschuldigt, zum Waden dieser Lederbissen Mehl verwendet zu haben, in dem sich drei tote Mäuse sowie Mäusekot befanden, ferner soll ein Hund einmal das Mehl so wie Valentin seinen Angedenken den Käse behandelt haben. Der reinliche Bäckermeister führte zu seiner Entschuldigung an, daß er das verunreinigte Mehl vor der Verwendung habe „durchsieben“ lassen. Die Geschichte mit den toten Mäusen konnte nicht als ganz sicher nachgewiesen werden, wohl aber die anderen Sachen. Der Mann kam mit der gelinden Strafe von 30 M. davon. Valentin erhielt seinerzeit eine hohe Gefängnisstrafe. Der bayerischen Gemütslichkeit würde es nicht schaden, wenn sie beim Strafausmaß gegen solche Schweinereien sich etwas mehr im Hintergrund hielte.

Aus der Frauenbewegung.

Mädchenhandel.

Am 15. und 16. November wurde in Leipzig die diesjährige Hauptversammlung des deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels abgehalten. Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Dr. v. Dirlsen, machte unter anderem folgende Ausführungen:

Man sei mit den Behörden gemäß der vorjährigen Beschlüsse in Verbindung getreten, daß die Eintragung minderjähriger Ausländerinnen in die Dienstenlisten unterbleibe und daß eventuell diese Personen ausgewiesen werden. Die Verhandlungen schweben noch. Dann habe man sich mit den Eisenbahnverwaltungen und den Schiffahrtsgesellschaften in Verbindung gesetzt, daß für ins Ausland reisende Frauen und Mädchen auf dem Transport getrennte Unterkunftsräume beschaffen werden. Die deutschen Schiffahrtsgesellschaften sind aufgefordert worden, Mitglieder in das Nationalkomitee zu entsenden. Auf Grund der vorjährigen Tagung in Breslau sind in Raitowig und Beuthen Ueberwachungsstationen eingerichtet worden, da diese beiden Orte als Eingangstore für den internationalen Mädchenhandel aufzufassen sind. Sehr zu begrüßen war es, daß auf dem deutschen Rathkollentag in Breslau in scharfer Weise die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur beschlossen worden ist. Sehr begrüßenswert ist es, daß die Polizeibehörde die Ausstellung von Auslandsreisen an junge Mädchen verweigert, bis festgestellt wird, daß die Stelle im Ausland eine einwandfreie sei. Ferner sei die in Aussicht genommene reichsgesetzliche Regelung des Stellenvermittlungswesens sehr zu begrüßen. Die Vereine sollten Eingaben machen, damit hierbei mehr auf die Moralität der Stellenvermittler in der Regelung dieser Materie besonderer Gewicht gelegt wird.

Major a. D. Wagener-Berlin erstattete den Jahresbericht: Der Mädchenhandel ist im großen und ganzen in Deutschland ein Transitverkehr, denn der Zug von Rußland und den Balkanländern geht über Deutschland nach Frankreich und England. Die eigentlichen Mädchenhändler werden ähnlich wie beim Wucher nicht gefaßt. Man faßt nur die Agenten und das sind meist minderwertige Menschen. Auf meinen Studienreisen im Ausland habe ich in Vorderasien sehr wenig deutsche Mädchen gefunden. Ungeheuer groß ist dagegen die Zahl der jungen deutschen Mädchen, die als Heinerinnen im Auslande tätig sind und dann bald der Prostitution anheimfallen, auf diese Weise immer tiefer sinken und

(Schließlich) auf der tiefsten Stufe der Prostitution anlangen. Am schwersten ist der Kampf dort, wo junge Mädchen durch Rot und Glend in die Arme der Prostitution getrieben werden, wie in den Balkanländern. Bei uns in Deutschland ist diese Not nicht vorhanden. Allerdings ist die Frauenarbeit bei uns auch schlecht bezahlt. Die Schuld liegt an den Mädchen selbst, die sich in die großen Städte drängen und dienende Stellungen ablehnen. Sie verlassen dann der Verführung und wenn sie ein Kind haben, bleibt ihnen kein anderer Weg als Kindesmord oder Prostitution. Es sind im letzten Jahre im Deutschen Reich 82 Mädchenhändler gerichtlich bestraft worden. Unter diesen war einer der gefährlichsten ein gewisser Mayerow, der bereits dreißigmal sich hat tadeln lassen. Es gelang, den gefährlichen Mädchenhändler Maligki auf Grund des § 48 des Ausweisungsgesetzes auch in Deutschland noch mit Zuchthaus zu bestrafen, nachdem er bereits in Johannesburg bestraft worden war. Glücklicherweise finden wir in der ganzen deutschen Presse weitestgehende Unterstützung unserer Bestrebungen.

Die Bestrebungen sind zweifellos lobenswert und gut gemeint, aber nicht konsequent. Daß die Mädchen in Deutschland gewissermaßen und Uebermut in die Städte drängen und dadurch die schlechte Entlohnung selbst verschulden, ist ein ganz trivialer Gemeinplatz. Viele Mädchen kommen schon verführt und schwanger vom Lande in die Stadt. Tausende werden vom Lande vertrieben durch die brutale Gefindeordnung und die noch brutaleren Behandlung, die sie auf den Gütern erleben müssen. Der grüßte die Quelle der Prostitution und des Mädchenhandels verstopfen will, der muß für Aufhebung der Gefindeordnung, für rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne eintreten. Aber für solche Forderungen wird Herr v. Dirksen bei seinen Parteifreunden und bei sich selbst energischen Widerstand finden. Man kämpft gegen die Begleiterscheinungen des Übels, an seinen eigentlichen Ursachen geht man mit geschlossenen Augen vorbei.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Erster Wahlkreis. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Deffentliche Frauenversammlung in Lammerd Festsaal, Kommandantenstraße 72. Vortrag Frau Barm: „Die Ausbeutung der Frau in der heutigen Gesellschaft“. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Lesenabende.

Groß-Lichterfelde. Freitag, den 19. November, 8 Uhr, im „Kaiserhof“ am Kranoldplatz.
Elegig. Heute 8 1/2 Uhr bei Rohmann, Schloßstr. 117: Vortrag Frau Jungwirth: „Die neuen Steuern und die Stellung der Frauen dazu“.

Deutscher Arbeiter-Abteilungs-Verein, Ortsgruppe Berlin. Heute abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Engelsstr. 15, Vortrag des Herrn cand. med. Edwin Bab über Alkohol und Vererbung, Degeneration und Hygiene. — Eintritt 10 Pf. Kein Getränkeausgang!
Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Berlin 10. Sonntag, den 21. November, vormittags 10 Uhr, bei Haber, Stephanstr. 11, Versammlung.
Stille Kummelburg. Sonnabend, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Blume, Bogdosen, Ede Reue Bahndorfsstr. Versammlung.
Stille Charlotteburg. Sonnabend, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3, Mitgliederversammlung.
Stille Wilhelmstraße. Sonnabend, den 20. November, abends 9 Uhr, bei Barth, Viktorstr. 6, Mitgliederversammlung.
Stille Berlin 6. Sonnabend, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, bei G. Kayser, Brunnenstr. 82, Mitgliederversammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 8. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Nur ein Amendement. — Die politische Situation in den Vereinigten Staaten und die Sozialistische Partei. Von L. V. Doudin (New York). (Schluß.) — Die „Märkte“ Marxkritik. Eine Kritik von Gustav Götze. — Bericht über den Landtagswahlkampf in Elsaß-Lothringen. Von Jean Martin (Mülhausen i. E.). — Westfälisches. Von F. Staroston (Münster). — Sexuelle Ethik. Von Therese Schüringer. Literarische Rundschau: Felix Somlo, Der Götterverlebe in der Urgegend. Von R. Kautsky. Eberhard Jählinger, Die Glasindustrie in Jena. Von Richard Boldt. Rudolf Varnhagen, Der Volksschullehrer und die deutsche Kultur. Von Dörmel, Dresden. — Zeitschriftenchau.
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.
Das Theater. Halbmonatsschrift. Schriftleitung: G. Walden. Jahrgang 20 M. Wilmersdorf-Berlin.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Freitag, den 20. November, abends 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Fall als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Veranstaltung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Emil 27. Ohne Einwilligung der Gesellschaft können Sie von dem Verbandsvertrag nicht zurücktreten. — B. B. 38. Meldegesetz. Wir haben vor dem Verein „Volkswohl“, Nr. 13, niederkommen gewahrt. — P. 70. Sie müssen reklamieren. Nach der herkömmlichen Rechtsauffassung hat die evangelische Kirche, auch wenn Sie nie Mitglied gewesen sind, ein Recht auf die zu Unrecht verlangte Steuer, wenn Sie gegen dieselbe nicht reklamieren. — B. G. 1302. In dem Fall haben Sie nicht richtig gehandelt, wenn in Ihrem Verträge Aufrechnung gegen eine Gegenforderung ausgeschlossen ist. Sie könnten dann nur Ihre Forderung beim Amtsgericht eintragen. Eine strafbare Handlung liegt aber schon deshalb nicht vor, weil Sie berechtigt zu sein glauben, so zu handeln, wie Sie gethan haben. — G. G. 22. Rein. — G. 2. 1000. Wenn das Gericht zu der Annahme gelangt, daß eine nicht nur vorübergehende Verknüpfung gegen festes Gehalt vorliegt, so würde die frühere über den Kündigungsausschlag getrossen Verknüpfung ungültig sein. Soweit ersichtlich, trifft dies in Ihrem Falle zu. — G. P. 31. 1. Wenn es zur Klage kommt, würde vorläufiglich der Richter annehmen, daß der alte Vertrag mit seinen Kündigungsbedingungen noch in Kraft ist. Sie wären also danach bis zum 1. April gebunden. Der Richter hätte das Recht, die Sachen einzubehalten, wenn Sie nicht die volle Rente bis zum 1. April zahlen oder hinterlegen. Glauben Sie beweisen zu können, daß Sie ausdrücklich und mit Einverständnis des Verwalters erklärt haben, daß die Kündigungsbestimmungen des alten Vertrages nicht mehr gelten sollen, so könnten Sie mit Rücksicht auf Erfolg beim Amtsgericht auf Anerkennung, daß der Vertrag am 1. Januar sein Ende erreicht hat, klagen. 2. Der Eid ist für Dissidenten derselbe, wie für andere. Ein Jeonah ist möglich. 3. Der Gemeindefriedhof steht jedem zur Verfügung. — P. G. 585. 1. und 2. Der Eherliche Verlag. An ihn müssen Sie sich behufs Berichtigung wenden. Die Listen zur Aufnahme im Kirchenkalender gehen in Hauze herum. Wahrscheinlich hat Ihr Bild das Versehen verschuldet. 3. Rein. — L. P. 20. Ein Verlassen der Pflege und weiterhin ein an das Vormundschaftsgericht zu richtiger Antrag, die Schwäger für vollständig zu erklären, wäre angebracht. — O. G. 30. Eine gerichtliche oder notarielle Beglaubigung oder dergleichen ist nicht erforderlich. Damit die Schenkung gültig ist, müßte sie aber vollzogen, also die geschenkten Sachen übergeben werden. Soweit die Schenkung etwa begreift, Gläubiger zu benachteiligen, ist sie ungültig.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 19. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Der schwarze Domino.
Königl. Schauspielhaus. Der eingebildete Kranke.
Neues königl. Oper-Theater. Hamlet.
Freitag. Die Frau vom Meer. Deutsches. Hamlet.
Kammertheater. Frühlingserwachen. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Das Gemälde.
Neues Operetten. Mit Dubeloff. Berliner. Hohe Politik.
Königliche Oper. Katerbühne.
Neues. Le volour.
Königliche. Rivalen.
Königliche. Götter.
Königliche. Die Stille.
Schiller (Haller - Theater). Gespenster.
Sch - Charlottenburg. Der Schwur der Treue.
Friedrich. Wilhelmshaus. Schauspielhaus. Die große Kasse.
Weihen. Die gewählte Frau. Thalia. Die ewige Lampe. Puffen. Heimal.
Volksover. Umlin. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Die Diebstahler.
Trianon. Pariser Schönen. Lustspielhaus. Der dunkle Punkt. Metronom. Gallo II — Die große Revue.
Folies Caprice. Wablisierung. Der gewisse Augenblick. Anf. 8 1/2 Uhr. Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Onkel John.
Gebr. Herrfeld Theater. So muß man's machen. Ein Rettungsmittel.
Karl Haberland - Theater. Spezialitäten.
Wakalia. Spezialitäten.
Wakalia. Die gute Partie. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Vater. Spezialitäten.
Neues Theater. Am Altar.
Wakalia. Die gute Partie? Spezialitäten.
Weihen. Stettiner Sänger.
Urania. Tausend Jahre im 19. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten. Die drei Rivalen. Abends 8 Uhr.
Lessing-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Frau vom Meer. Sonnabend, 8 Uhr: Zantris der Herr. Sonntag, 8 Uhr: Zantris d. Herr.
Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Hohe Politik. Morgen: Hohe Politik.
Neues Theater. Abends 8 Uhr: Zweites Schauspiel Suzanne Després: La volour (Der Dieb). Sonnabend: 3. Schauspiel Suzanne Després: Monna Vanna.
Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonntag: Der Abels Bauer.
Residenz-Theater. Direktion: Richard Wegander. Abends 8 Uhr: Gretchen. Orchester in 3 Akten von David und Alchiz. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Letztesonntag, 21. Nov.: Nussau.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: **Gespenster.** Ein Familien drama in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen. Ende 10 1/2 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: **Kabale und Liebe.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Don Carlos.**
Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: **Der Schwur der Treue.** Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal. Ende 10 1/2 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: **Wallensteins Tod.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Gespenster.**

Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“
M. d. D. A. S. B. Chormeister Botho Frank.
Sonntag, den 21. November (Lohn-Sonntag):
KONZERT
in der **Brauerei Friedrichshain**, am Königsplatz unter Mitwirkung des **Berliner Sinfonie-Orchesters** (40 Musiker) Dirigent: Kapellmeister M. Fischer.
Anfang präz. 7 Uhr.
Programme im Vorverkauf 50 Pf. sind zu haben im Restaurant Meyer, Oranienstr. 103; Restaurant Walter, Adalbertstr. 62; Restaurant Braun, am Friedrichshain 35; und Konsum-Verkaufsstelle, Oranienstr. 65. 61/13*

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: **Der dunkle Punkt.** Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 29, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: **Mit Dubeloff.** Operette in 3 Akten von Rudolf Kison.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Freitag, 19. Novbr., Anfang 8 Uhr: Zum erstenmal: **Liselott.** Sonnabend: Liselott. Sonntag: Das große Licht. Montag: Liselott.

Volks-Oper. SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8. Abends 7 1/2 Uhr:
Undine.
Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: **Heimat.** Sonnabend nachm. 4 Uhr: Große Kinderdarstellung: Der Struwwelpeter. 8 Uhr: Heimat.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 U.
Die Diebstahler. Volkstheater mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Popper und Stabunde. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dorndöschchen. 8 Uhr: Maria Stuart.

Apollo Theater
8 Uhr: 8 Uhr: Die grandiosen Spezialitäten. u. a.: Dorothy Kenton Yvonne de Forge Das Wunder der Ankleidekunst. Consuelo Fornarina. Die Götter. Wynne Brothers. 10 Uhr: 10 Uhr: Eine Haremsnacht. Groteske in 1 Akt.

WINTERGARTEN
Die November-Attraktionen.
Eine Revue der Schönheit, Grazie u. d. Humors!
Anne Dancrey.
Bernh. Mörbitz.
Lalla Selbini.
Horace Goldin.
Sisters Harvey
und eine Reihe hervorragender Kunstkräfte.

Herrfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. W. 4, 5083.
Die von der gesamten Presse als erfolgreichsten Schlager bezeichneten Novitäten:
„So muß man's machen“
Duetts in 2 Akten von H. u. D. Herrfeld. Musik von L. Stal mit Klavier und Orchester Herrfeld in den Hauptrollen.
Vorher: Ein Rettungsmittel Komödie in 1 Akt von Ludwig Dünn. Sonntag, den 21. November: „Die Meyerhains“, „Die letzte Ehre“. Vorverkauf 11—2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Neu: Im Reiche des Königs Aqua. Geheimnisse der Wasserleitung. Plastische Riesendiorama. Das lebende Skelett. Das autom. Rätsel. Die Traumalerin. A.G.A. die schwed. Jungfrau Tambarita-Brigantone. Panophon-Vorträge. Alles ohne Extra-Entree!



so sprechen täglich Hunderte, wenn sie den Annoncenteil einer Zeitung durchfliegen. Und oft mit Recht. Was wird z. B. nicht alles als „Bestes“ angeboten, um nach kurzer Zeit spurlos zu verschwinden. Gegenüber solchen Anpreisungen sei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ein seit 20 Jahren bewährtes, unschädliches, wohlschmeckendes und dabei billiges Frühstücksgetränk existiert, es heißt — Kathreiners Malzkaffee. In letzter Zeit werden viele Nachahmungen angepriesen (die übrigens keinem Vergleich mit Kathreiners Malzkaffee standhalten); man achte darauf, daß Kathreiners Malzkaffee nur in geschlossenen Paketen verkauft wird, mit Bild des Pfarrers Kneipp.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: **In den Dolomiten.**
Metropol-Theater **Hallo!!!** Die große Revue! In 8 Bildern von Jul Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultze. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das großartige **Variété-Programm des neuen großen Variété-Teils.** Ferner 10 neue Debüts. Ferner: **Henry Bender** in der tollen Burleske **Der süße Doktor.**

W. Noacks Theater Gammertstr. 16, am Rosenhäger Tor. Zum letzten Male: **Abends 7 1/2 Uhr: Am Altar.** Zeitgemälde in 4 Akten u. einem Nachsp. Sonnabend große Extravortellung: **Genore, die Grabesbraut.**

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 21. November 1909: **Novität! Novität!** **In Vertretung.** Schwanz in 3 Akten von Heinz Gordon.

Zirkus Schumann
Freitag, den 19. November, abends 7 1/2 Uhr: **Große Extravortellung. Debut! Debut!** Der Amerikaner **Mr. Niblo** in seinen konversationellen **Papagenen** Cusoo u. Laura in dieser Vollenbung noch nicht dagewesen. — Außerdem: Das neue Programm. Um 9 Uhr Zum 20. Male Ende 11 Uhr Die große Revue:
Die drei Rivalen (Bordeaux, Chablis, Champagne) oder **Das mysteriöse Schloß in der Normandie** Hervorzuheben: Das Hochzeitsfest mit der noch nie gesehenen **Schuh-Apoptose.**

Palast-Theater. Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau. Burgstraße 24, am Bahnhof Börse. **Täglich:** Das vollständig neue **Spezialitäten-Programm!** **Liebhens Trick?** mit Direktor Rob. Dill in der Hauptgesangspartie. **Vorzugsarten überall zu haben.**

Casino-Theater Lotzinger Straße 37. Täglich 8 Uhr. **Trotz des kalten Winters: Nur noch bis Freitag, 3. Dezember: Onkel Cohn.** Sonnabend, 4. Dez. Premierenabend. Sonntag 8 Uhr: **Nid-Coffer.**

Wakalia
Weinbergsweg 19-20, Rosent. Var. Anf. 8 Uhr. Die großartigen **November-Spezialitäten.** Am Lummel: Regimentskapelle. Theaterbesuchern freier Eintritt.

Zirkus Busch. Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr: **Kom. Gala-Abend.** U. a.: Die **Clelands!** **Patty Frank-Truppe!** **Zwergclown François,** Kunstreiter. — Ferner: **Ed. Warda Beketow, Schalltrötlerin.** **Herr E. Schumann, Meisterdross.** Um 9 1/2 Uhr: **Farmerleben!** Besonders hervorzuheben: **Die 10 Meter hohe Sturzwelle!** **Der Ueberfall und Rettung aus dem brennenden Blockhaus.** Vorher das große Gala-Programm.

Gastspiel-Theater Köpenicker Straße 67/68. **Täglich abends 8 1/2 Uhr:** **Gastspiel von Fritz Beckmann.**

Die gute Partie. Folies Caprice. Anfang 8 1/2 Uhr. **Mobilisierung.** **Bunter Teil** **Der gewisse Augenblick.**

Voigt-Theater Gesundbrunnen. Badstr. 68. Freitag, den 19. November 1909: **Die Eise vom Erlenhof.** Volksstück in 5 Aufzügen von Stadt. **Raffensöffnung 7 Uhr.** **Anfang 8 Uhr.**

Königstadt-Kasino. Holzmarktstraße 12. Täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung** mit **Franz Sobanski, Olga Ley, Emil, Rombolanten Carmanelli, Kurt Werther, Emmy Galatti, Rookowsky, Duo Gust. Burg Truppe, Juhász** (4 Personen, 1 Jagierherr) uhm. **Prinz Wendelin, Oranienp. v. Stern.**

Karl Haverland Anfang Theater präz. 8 U. 77/79 Kommandantenstraße 77/79 **13 neue erstklassige 13 Spezialitäten. 13 Schlager auf Schlager!**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Meysel, Britton,
Schrader usw.
Anfang:
Wochent
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser
Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Dienstag: **Theaterabend.**
Beginn 8 1/2 Uhr.
Zum erstenmal:
Der Leiermann u. sein
Pfegekind.
Charakterbild von Carl
Birch-Pfeiffer.
Totenfont. : Geschlossen.
Montag, Donnerstag:
Holtmanns Nordl. Sänger
und Tanztrangchen.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2.

Buggenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
**Humpsti -
Bumpsti**
Sonntag nachmittag:
Gr. Vorstellung
zu kleinen Preisen.
8 1/2 Uhr: Ein Kind tret!

Flugste Bezugsquelle für
**Hygienische
Bedarfs - Artikel**
Drogerie Zarenba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch
führt zu dauernder Kundschaft.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

MAMLOK
jetzt
im 1. Stock
Alexanderstr. 35
(kein Laden).
**Mein Herren-
und Damen-
Stiefel**
a M. **7.75**
erfreut sich infolge
seiner Haltbarkeit
groer Beliebtheit.
119/20*
Allen Vorwärts- Lesern zur Kennt-
nis, da ich **Borghagen,**
Wuhlfischstr. 32, Ede Simon-
Dachstrae, ein **Sarg-Nagazin**
eröffnet habe u. Bitte bei bevorstehenden
Fällen um gütigen Zulpruch.
Joh. Weiland.

Rheumatismus
Gicht, Glieder- und Nerven-
schmerzen, Hutwunden, Geschwulst etc.
sind oft unerträglich, daher ge-
brauche man sofort
Reichel's „Electricum“
(Echtes Kiefernadel-Waldweiden-
ein reines unabhängiges Natur-
produkt von kräftig durch eisen-
haltiger, nachhaltiger, schmerzstillender
Wirkung. Flasche M. 1,-
und M. 2,-. Die Wirkung wird
noch erhöhet durch den inneren Ge-
brauch von Reichel's Wachholder-
Extract „Medico“.
Flasche 75 Pl., M. 1.50 und M. 2.50
Man nehme aber nur die
echten Originalfullungen u. achte
scharf auf die Marke „Wiedico“.
In den Apotheken u. Drogerien
erhältlich, wo nicht direkt o. direkt
Reichel, Berlin 42, Eisenbahnstr. 4.

Amor
bleicht das beste Metallputzmittel.

Tischler-Verein E.H. 89.
Sonntags, den 20. November,
abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Vortrag des Herrn E. Rucke über
„Genossenschaften“. 199/14
Damen und Herren als Gäste will-
kommen.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse
der
Vergolder und Berufsgenossen.

Donnerstag, d. 25. Nov. 1909,
abends 7-8 Uhr,
im Gewerkschaftshause (Saal 7),
Engelauer 15:

Wahl-Versammlung
der Arbeitnehmer
wogu sämtliche Kassenmitglieder über
21 Jahre eingeladen sind.
Tages-Ordnung:
Wahl von 87 Vertretern
für das Jahr 1910.
Mitgliedskarte legitimiert.

In demselben Lokal und am
selben Tage von 8-8 1/2 Uhr:
Wahl-Versammlung
der Arbeitgeber
wogu sämtliche Arbeitgeber, welche
Beiträge aus eigenen Mitteln leisten,
eingeladen werden.
Tages-Ordnung:
Wahl von 41 Vertretern
für das Jahr 1910.

Nach den Wahlen findet für Arbeit-
geber und Arbeitnehmer gemeinsam
ein Vortrag des Herrn G. Bauer
über:
Die ärztl. Versorgung
der Krankenkassen
statt. Hieran anschlieend findet die
General-Versammlung
der Vertreter der Arbeitgeber
und Arbeitnehmer der Kasse
mit folgender Tages-Ordnung statt:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neu-
wahl des Vorstandes. 3. Wahl von
drei Revisoren. 4. Verschiedenes.
Die Delegierten erhalten
zur Generalversammlung noch eine
schriftliche Einladung, welche als
Legitimation dient.
Zahlreiche Besuch erwartet
Der Vorstand.
269/2

Fette Gänse
nur erste Qualitäten von 7 bis
14 Pfund o. Hund 65 Pl.
Ganserampfe, 1/2 Ganle.
Junge Enten M. 2.50.
Hühner,
fette Suppenhühner, jge. Brathuhner
in besonders schöner Auswahl
Wegner, 50. Mariannenstr. 34.

Achtung! Maurer! Achtung!
Zentralkrankenkasse der Maurer, Steinhauser, Gipser usw.
„Grundstein zur Einigkeit“ (Eingel. Hilfsk. Nr. 7).
Sonntag, den 21. November, vormittags 10 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:
Auerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Neuwahl des ersten Bevollmächtigten.
2. Vortrag des Kollegen Eugen Simanowski über: „Unfall- und
Zwangsversicherungsgeet“.
3. Kassenangelegenheiten. 149/14*
Die ritliche Verwaltung. H. H. Wolff.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.
Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15,
Saal 4 (Arbeitslofenraum):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Einseher!
Sonntag, den 21. November, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15,
Saal 4 (Arbeitslofenraum).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Herzfeld: „Gesetz über die
Zicherung der Vorforderungen“.
2. Anträge zur Generalversammlung.
3. Verbandsangelegenheiten. 92/7
Die Delegierten müssen vollzuglich anwesend sein.

**Verband der Hafenarbeiter und verwandten
Berufsgenossen Deutschlands.**
Mitgliedschaft Berlin.
Sonntag, den 21. November 1909, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verbands-
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und punktl. Erscheinen bitte!
19/15 Der Vorstand.

**Selowsky's
Bolero
Zigaretten**
jetzt auch
mit Goldmundstock
10 Stück 20 Pl.

**Herrenstiefel
Damenstiefel**
mit starken Doppelsohlen
M. 12.50
Neu aufgenommen:
Stiefel
mit Kork-Zwischensohlen
M. 16.50
Fordern Sie Musterbuch. V

Salamander
Schubges. m. b. H., Berlin
W. 8 Friedrich-Strasse 183 NW. Wilsnacker Strasse
C. König-Strasse 47 Ecke Tu-m-Strasse 9
SW. Friedrich-Strasse 221 W. Tauentzien-Strasse 15
C. Rosenthaler Tor N. Bad-Strasse 20
W. Potsdamer Strasse 8 Spandau, Breite-Strasse 30

Restaurant „Zur Mühle“ Miersdorf,
15 Minuten vom Bahnhof Zeuthen.
Halle mit allen Freuden, Parteinossen und Ausflüglern bestens
empfohlen. Speisen und Getränk in bekannter Güte.
Ernst Lier, Telephon: Amt Zeuthen Nr. 44.

Unser langjährigen Kollegen
und treueren Vertrauensperson
Auguste Kowalczyk
nebst Gemahl
die herzlichsten Glückwünsche
zur heutigen Silberhochzeit.
Die Botschafterin und der
Speditur der Expedition
H. Raschka, Bernauer Str. 9.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Jahresliche Ridborf.
Todes-Anzeige.
Dem Mitgliede zur Nachricht,
da unser Kollege, der Tischler
Karl Albrecht
am 16. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. November, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Ridborfer Kirch-
hofes, Karlsborfer Weg, aus statt
Um rege Beteiligung ersucht
92/8 Die Ortsverwaltung

Gesangverein der Putzer.
Todes-Anzeige.
Dem Mitgliede zur Nachricht,
da unser Mitglied
Karl Peters
im Alter von 59 Jahren am Dinstag,
den 16. d. M., verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, den 19. November, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem neu in
Königs- Kirchhof, Poggenstr. statt.
Um vollständiges und punktl. Erscheinen
der Mitglieder ersucht
2. 965 Der Vorstand.

Am 16. November verstarb
unser lieber Kollege, der Seher
Julius Stein
aus Magdeburg im Alter von
43 Jahren.
Wir werden demselben ein
ehrendes Andenken bewahren.
Berlin, den 18. November 1909.

Die Kollegen der
Buchdruckerei Hempel u. Co.
 („Tägliche Rundschau“).
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 19. November, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentralfriedhofes, Friedrichsstr.,
aus statt. 25036

**Sozialdemokrat. Kreiswahlverein
Nieder-Barnim.**
Bez. Reinickendorf-Ost
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 16. Novem-
ber, abends 8 1/2 Uhr, verstarb auf
dem Wege zur ienstlichen Frauen-
versammlung an Herzschlag die
Genossin
Pauline Popp,
Seeltr. 26.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntags, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Ge-
meindebetriebshofes, Humboldtstr.,
aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
269/4 Die Bezirksleitung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unferes unverge-
lichen Vaters
August Bachert
sagen wir allen Kollegen, Freunden
sowie den Vorgesetzten der Firma
Sedel u. Geisler und dem Verband
der Hafenarbeiter unseren herzlichsten
Dank.
Die trauernde Witwe
Lina Bachert nebst Kindern.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die Kranzspenden
bei der Beerdigung meiner lieben
Frau und guten Mutter
25026
Marie Block
sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, insbesondere dem Gesang-
verein „Zimmerer Friedrichsberg“,
den Mitgliedern des Lotterienvereins
„Wilde Sieben“ sowie den Mitgliedern
des Sparvereins „Rotgoldchen“ unseren
herzlichsten Dank.
August Block nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4

Groe Firma
vergift durch Verstohand Decken
jeder Art, Gardinen, Teppiche,
Stores, Portieren, Bilder
und Uhren. Ohne Anzahlung bei
kleinen Monatsraten.
Keine Kollaterale. Effert. U. W. 100
an „Vorwärts“ Expedition, Auguststr. 60.
Ginger & Co., Berlin SW.



Umfassende Sachkenntnis und sehr grosse
Erfahrungen haben es nur ermöglicht,
**JOSETTI
JUNO**
CIGARETTEN
In so auserordentlicher Vollendung herzustellen,
dass sie auch von sachverstandigsten Rauchern
als beste 7 Pl.-Marke bezeichnet werden. Ihre
Qualität rechtfertigt dies Urteil aber auch
vollkommen und die ihr zuteil gewordene An-
erkennung ist darin wohl begründet.
Josetti-Juno-Cigaretten m. u. o. M. 10 Stück 20 Pl.

Achtung! Zigarrenhandler! Achtung!
Die **bestsortierte** und **billigste Einkaufsquelle**
in **Zigaretten, Zigarren und Tabaken**
sämtlicher eingeführter Fabrikate ist
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70
Telephon: Amt VII, 3047.

Unwetter am Bußtage.

Mit einem tollen Schneesturm.

Wie wir ihn seit der berühmten Februarnacht 1907 nicht mehr erlebt haben, wurde Berlin am Bußtagmorgen überrast. Schon am Dienstagabend fiel ein leichter, mit Regen gemischter Schnee, aber niemand ließ sich die weiße Bescherung vom anderen Tage träumen. Die glühenden Floden senkten sich über Nacht so dicht und anhaltend, daß Berlin und Umgegend unter einer unübersehbaren Schneedecke bald schier begraben war. So hatte die Idee eines frommen Preußenkönigs, für seine „Untertanen“ einen Jahrestag allgemeiner „Buße“ festzusetzen, doch mal auch ihr Gutes gestiftet: man freute sich, daß die Alltagsarbeit ruhte und jeder zu Hause bleiben konnte, der nicht unbedingt in das Unwetter hinaus mußte. Deshalb traten die in der Weltstadt unvermeidlichen Unannehmlichkeiten eines so riesigen Schneefalles nicht so scharf wie sonst in die Erscheinung. Einen harten Kampf mit dem weichen Element führten zunächst nur die gezwungenen Frühaußgänger, die trotz des Feiertags der Pflicht nachgehen mußten. Aber ohne Verspätungen ging es wohl nirgends ab. Kam doch selbst den öffentlichen Verkehrsinstituten die himmlische Ausschüttung ziemlich überraschend. Alle Kräfte mußten angespannt werden, um den Verkehr auf der Stadt-, Ring- und Hochbahn, mit Omnibussen und Straßenbahnen einigermaßen fahrplanmäßig aufrechtzuerhalten. An jedem anderen Tage wäre es ohne größere Verkehrskalamitäten der bekannten Art sicher nicht abgegangen. Schlimmer sah es auf der Landstraße aus, wo schon am frühen Morgen zahllose Fuhrwerke mit Lebensmitteln im Schnee stecken geblieben waren. Dazu heulte der Wind stoßweise und trieb die Schneewelle zu meterhohen Bergen zusammen. Aber schon im Laufe des Vormittags änderte sich das Straßenbild, obwohl es unentwegt fortregnete. Der Schnee zeigte keine Festigkeit und löste sich in den Verkehrsstraßen Berlins schnell in einen schneeförmigen „Rasch“ auf, der von oben immer neue Nahrung bekam. Von allen Dächern begann es zu tropfen, ungezügelt Schneelawinen sausten aus der Höhe herab. Mit der Bußtagstimmung, wie man sie sich gedacht hatte, war es endgültig vorbei. Der großen Massen-spaziergang nach den nun wirklich unter einem riesigen Leichenhaufen vergrabenen Totenfeldern Groß-Berlins, der sonst als Vorläufer des Totensonntags schon am Bußtag einzusehen pflegt, unterblieb vollständig. Die Kronhändler rechnen bereits mit einem gewaltigen Schaden, wenn die Schneedecke nicht bis Sonntag verschwindet. Einen Wendepunkt bedeutet der unverhoffte Witterungswechsel auch im Leben der armen Leute. Der Winter hat mit aller Deutlichkeit seine Visitenkarte offiziell abgegeben und mit ihm Frau Sorge. In Tausenden von bescheidenen Arbeiterwohnungen, wo das Gespenst der Arbeitslosigkeit umgeht, sieht man der Zukunft mit Bangen entgegen. Zu den Obdachlosen herrschte ein enormer Andrang, als sie kaum ihre Pforten öffneten. Dessen wir, daß wenigstens Altmutter Natur den Rotleidenden diesmal nicht allzu hart mißspielt.

Ueber die zahlreichen Verkehrshörungen wird berichtet: In Berlin ruhien mehrere Straßenbahnlinien vollständig. Sie konnten nicht fahren, weil Telephondrähte unter der Last des Schnees gerissen und auf die Starkstromkabel und Verbindungsdrähte gefallen waren. Dadurch war bei einigen Kurzschluß entstanden, bei anderen war das Kabel oder der Verbindungsdraht sofort auf die Straße gefallen. Unter anderem waren solche Drähte an der Ecke der Torf- und Triftstraße, Belleermannstraße 19, Bernauer Straße 116, Königsberger Straße, Glogauer Straße, Charlottenstraße, Chausseestraße, Kuppiner Straße und am Spittelmarkt gerissen. Teilweise waren auch die Telephonleitungen auf den Dächern verbogen oder gebrochen. Um die Gefahren zu beseitigen, wurde in den meisten Fällen die Feuerwehr alarmiert, die am Bußtage von früh um 3 Uhr an fast ununterbrochen zu tun hatte. In der Französischen Straße mußte die Wehr das Fernsprechnetz vom Schnee befreien und das Dach reinigen, um weiteren Störungen im Fernsprechnetz vorzubeugen.

Der Straßenbahnverkehr.

Auf der Charlottenburger Chaussee in der Nähe des Kleinen Sterns und in der Spreestraße in Charlottenburg stürzten unter dem Schneedruck zwei Bäume um und durchschlugen die Kontakt-drähte. Hierdurch wurde der Verkehr über die Charlottenburger Chaussee für die Straßenbahnlinien N, O, T, U und 51 für die Dauer von drei Stunden, in der Spreestraße für die Linien Q und V für die Dauer von ¼ Stunden nach beiden Richtungen gestört und mußten die Wagen umgeleitet werden. Der Straßenbahnverkehr nach Regel erlitt infolge Schneeverwehung in der Müllerstraße am Domlichhof eine längere Verkehrshörung. Erst um 10 Uhr vormittags konnte der volle Betrieb wieder aufgenommen werden. Der Betrieb nach Tempelhof mußte von Verkehrsbeginn an bis 10 Uhr 15 Minuten vormittags eingeleitet unterhalten werden. An der Französischen Straße, Ecke Oberwallstraße, drohte der Isolatorsturm des Hauptpostamtes mit den Leitungsdrähten in die Tiefe zu stürzen. Es mußte die Feuerweh herbeigeholt und die Leitungsdrähte der Straßenbahn außer Betrieb gesetzt werden. Hierdurch erlitten die über den Schloßplatz und Opernplatz verkehrenden Straßenbahnlinien eine etwa dreistündige Störung und mußten während dieser Zeit durch die Leipziger Straße geleitet werden. Der Betrieb der Westlichen Vorortbahn erlitt ebenfalls erhebliche Betriebsstörungen. Auf der Linie A konnte der Verkehr bis 10 Uhr vormittags von der Linkstraße aus nur über Hundeshöhe und Königs-Allee geführt werden. Um 11 Uhr entstand in Schöneberg dadurch eine ausgedehnte Betriebsstörung, daß am Tempelhofer Weg eine Anzahl Telephondrähte brachen und auf die Oberleitung der Straßenbahn fielen. Auch hier mußte der Strom des Straßenbahnnetzes ausgeschaltet werden, wodurch der Betrieb der Südlichen Vorortbahn für den ganzen Tag unterbrochen war. Die Wagen der Süd-Ringbahn I mußten infolgedessen in der Mühlen- resp. Drudenmüllerstraße in Schöneberg umlegen.

Eine gewaltige Störung erlitt der Vorortbetrieb auf der Schleifischen Bahnstrecke. Hier waren unter der Last des Schneedruckes eine ganze Reihe von Gefängen einschließ- lich der Drahtleitungen gebrochen und zum Teil über den Bahnkörper gestürzt. Glücklicherweise war der Unfall sofort bemerkt worden und dadurch eine Bahnkatastrophe vermieden. Es dauerte jedoch drei Stunden, ehe das Hindernis beseitigt war und der Verkehr wieder aufgenommen werden konnte.

Auch von außerhalb kommen Meldungen über gewaltige Schneestürze die besonders im Osten des Reiches ungeheure Verheerungen herbeigeführt haben. In der Umgebung von Bromberg erreichte die Schneedecke eine Höhe von anderthalb

Metern. Fast der gesamte Telephonbetrieb wurde gestört und in den Waldungen brachen die Bäume unter der Last der Schneemassen zusammen. Zwischen Berlin und Thorn konnten im Laufe des gestrigen Tages überhaupt keine telephonischen Gespräche geführt werden. Die Vornahme der Reparaturarbeiten wurde dadurch wesentlich erschwert, daß die Arbeiter nur unter den größten Anstrengungen die Drahtbruchstellen erreichen konnten.

Schneestörungen im Reich.

Einer Meldung aus Braunschweig zufolge hat der heftige Schneefall dort große Störungen im telephonischen und telegraphischen Stadt- und Fernsprechbetriebe zur Folge gehabt. Der größte Teil der Fernleitungen ist gerissen und die Drähte bilden auf den Dächern, Straßen und Chausseen wirre Knäuel. Wenn der Betrieb wieder aufgenommen werden kann, ist noch nicht abzusehen.

Wie aus einer Meldung aus Wanneheim hervorgeht, ist der Wasserstand des Rheins und des Neckars infolge des anhaltenden Schnees- und Regenwetters der letzten Tage stark im Wachsen begriffen. Der Rhein ist von vorgestern auf gestern von 2,56 auf 3,04 Meter gestiegen; der Neckar dürfte bald Hochwasser führen, da der Wasserstand in der vergangenen Nacht in Heilbronn von 1,90 auf 1,80 Meter gestiegen ist.

Auch Nord- und Südböhmen wurde, wie eine Meldung aus Prag besagt, von schweren Stürmen, Hagel und Schneefällen heim- gesucht, die Verspätungen der Eisenbahnzüge und Störungen im Telegraphenverkehr veranlaßten. Auch im Riesengebirge herrschten heftige Stürme.

Partei-Angelegenheiten.

Auf zur Agitation!

Am Sonntag, den 21. November, findet in Groß-Berlin eine Agitation zur Gewinnung von Wahlvereins-Mitgliedern und „Vorwärts“-Abonnenten statt.

Die Verbreitung einer Extranummer des „Vorwärts“ sowie von Abonnementskarten und Ausnahmeseinen geschieht morgens 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus statt.

Polizeispiegel und Jugendorganisation.

Um die Öffentlichkeit über die Polizeipraktiken bei der Bekämpfung der Jugendorganisation aufzuklären, findet am nächsten Sonntag (Noten-Sonntag) nachmittags ½ 11 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstraße 58/59 eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Polizeispiegel und Polizeispiegel gegen die Jugendorganisation. Referent: Genosse Raichle.

Zu dieser Versammlung ist jedermann herzlich eingeladen. Besonders aber sind die Jugendlichen willkommen. Je verwerflicher die Kampfmittel der Gegner sind, um so mehr müssen sie agitatorisch wirken.

Sozialdemokratischer Agitationsverein Landsberg-Soldin. Heute Freitag, abends 8½ Uhr, Sitzung im Lokale des Genossen Strehlow, Ofen, Schreinerstraße 2. Tagesordnung: Die Stichwahl im Heimatkreise. Genossen willkommen.

Die Parteigenossen, die bei der Hauptwahl im Kreise Landsberg-Soldin am 12. November tätig waren und bei der Stichwahl am 22. November wieder helfen wollen, bitten wir, soweit es noch nicht geschehen ist, sich im Sekretariat der Provinz Brandenburg, Lindenstraße 69, vor 4 Treppen, zu melden.

Für die Reise nach Landsberg-Soldin versehen sich jeder mit festem Schuhzeug und warmer Unterkleidung.

Steglich. Am Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung. Die Bezirksführer erhalten das Material heute abend bei Clement Düppelstraße.

Schmargendorf. Am Sonnabend, den 20. November, abends 8½ Uhr, findet im Schützenhause eine Volksversammlung statt, in der Genosse Dr. Vorchardt über Gemeindepolitik sprechen wird. Hierzu sind die Gemeindevertreter und die gegnerischen Vereine eingeladen.

Heute Freitag abends findet hierzu eine Flugblattverbreitung statt. Alle Genossen treffen sich bei Kammier, Seete Straße 1.

Neuenhagen, Bruchmühle, Fredersdorf, Petershagen, Eggersdorf. Am Sonntagvormittag 4 Uhr findet im Lokale des Herrn Kuyner, Bruchmühle, Moonstraße 1, eine Volksversammlung statt. Genosse Bühler-Lichtenberg spricht über: „Die Ziele der Sozialdemokratie“. Für guten Besuch ist fleißig zu agitieren. Die Genossen von Bruchmühle und deren Frauen sind hierzu noch ganz besonders eingeladen.

Schenkersdorf b. Königs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 20. November, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Otto Pätz die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Kassieren der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag: 8. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

Spandau. Am Sonntag, den 21. November, findet die Agitation für den „Vorwärts“ statt. Die Genossen treffen sich morgens 7½ Uhr in ihren Bezirkslokalen.

Hermisdorf. Zu der am Sonntag, den 21. d. M., sehr wichtigen Flugblattverbreitung haben sich sämtliche Genossen früh 8½ Uhr im „Forsihaus“ einzufinden.

Staesken. Sonnabend, den 20. d. M., abends 8½ Uhr, findet der Jahlabend statt.

Berliner Nachrichten.

Ueber Arbeiterentlassungen im Gebiete der Königl. Tiergartenverwaltung wird lebhaft Klage geführt. In einer Zuschrift an uns heißt es unter anderem:

„Bereits im vorigen Jahre wurde eine große Anzahl Arbeiter bei Eintritt der Kälte entlassen. Im Frühjahr dieses Jahres wurden wieder Leute eingestellt, aber nach Fertigstellung des Hofgartens wurden wieder circa 30 Mann entlassen. Anfang Oktober folgten wieder 18 Mann und nun sollen am Freitag wieder circa 40 Mann entlassen werden. Es befindet sich darunter eine erhebliche Zahl Arbeiter, die schon eine lange Reihe von Jahren bei der Tiergartenverwaltung beschäftigt sind. Diese Leute sind der Meinung, daß diese Entlassungen nicht etwa aus Arbeitsmangel geschehen, sondern mit Geldknappheit begründet werden. Diese alten Arbeiter erhalten nur einen Tagelohn von 8 M. pro Tag, Invaliden nur 2,75 M., wovon noch Beiträge für Krankenkasse und Invalidenversicherung abgezogen werden. Unter Leitung des verstorbenen Direktors Seidner waren Entlassungen in dem Umfange nie vorgekommen.“

Auch wir halten dafür, daß die Königl. Tiergartenverwaltung die Pflicht hätte, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die Arbeiter zu beschäftigen und nicht in einer Zeit auf die Straße zu setzen, in der an Arbeitslosen ohnehin kein Mangel ist.

Zur Abfuhr der Schneemengen aus den Straßen Berlins, so wird aus dem Kolosse gemeldet, sind gestern von der Straßenreinigungskommission 1100 Wagen eingestellt und 2000 Arbeiter einberufen worden, von diesen ist jedoch nicht annähernd die Hälfte

erschienen. Die 1100 Wagen und große Schneelarren führen den sauberen Schnee in die offenen Fuhläufe und in die Gänge der Kanalisation, während der schmutzige Schnee nach den Schneefah- plügen abgefahren wird. Am Bußtage waren alle 32 Schneefläge der Straßenreinigungsbewertung von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends in Tätigkeit, die Einstellung von Hilfsmannschaften war aber infolge des Feiertages nicht zu ermöglichen. (!) (Red.) Mit den händigen Kräften der Straßenreinigung gelang es jedoch, die Straßenübergänge und die Hauptverkehrsstraßen zum Teil schon gestern, zum anderen Teil bis gestern mittag völlig schneefrei zu machen.

Die ungeheuren Schneemassen, die am Dienstag und Mittwoch herniedergingen, haben an Strauchwerk und Bäumen vielfach mehr Schaden angerichtet, als dies bei ähnlichen Erscheinungen in anderen Jahren der Fall zu sein pflegte. Infolge des langen und schönen Herbstes hatten nämlich die namentlich an geschützten Stellen angepflanzten Bäume und Stämme ihr Laub in diesem Jahre noch fast vollständig gehalten. Selbst der starke Sturm der letzten Tage hatte ihnen nichts anzuhängen vermocht. Und nun kam dieser gewaltige Schneefall; dem boten sie mit ihrer durch die Blätter verbreiterten Oberfläche vergrößerten Widerstand. Weit hoch die Schneelast die Zweige und Äste aufeinander. Der Schnee ließ nicht nach; höher und höher stürzte er seine Massen. Dem hielten die Zweige nicht stand. Sie knickten ein und brachen herunter. So konnte man am samigen Donnerstagvormittag vielfach in den Vororten Berlins beobachten, daß die Bäume, die ihr Laub vor dem Schneefall bereits abgeworfen hatten, unverfehrt dastanden, während diejenigen, die sich eines geschützten Standortes erfreuten und ihr Herbstlaub noch trugen, schwer unter den Schneemassen zu leiden gehabt haben; die zahlreich, von der weißen Last niedergedrückten und abgebrochenen Äste illustrierten wieder einmal groß einen Teil jenes naturgeschichtlichen Kapitels, das davon erzählt, weshalb unsere Laubbäume im Winter die Blätter abwerfen.

Weihnachtsmärkte. Gemäß § 21 der Polizeiverordnung vom 12. Juni 1903, betreffend den Verkehr auf den Berliner Jahr- und Weihnachtsmärkten, in der Fassung der Polizeiverordnung vom 24. November 1905, findet der diesjährige Weihnachtsmarkt auf dem Kronenplatz und dessen Umgebung, sowie in der Warfauer Straße (von der Revaler Straße bis zur Frankfurter Allee) und in der Petersburger Straße statt. Der Markt beginnt am 11. Dezember und dauert bis zum 27. Dezember einschließlich mit der Maßgabe, daß am 28. Dezember, früh 8 Uhr sämtliche Stände und Verkaufsvorrichtungen von den Straßen und Plätzen fortgeschafft sein müssen.

Eine tolle Jagd entspann sich gestern mittag hinter zwei Einbrechern in der Prenzlauer Straße 67. Dort befindet sich die Wuch- handlung und ein Vertrieb von ausländischen Modeljournalen unter der Firma Hinge u. Stein. Während der Tischarbeit verführten nun zwei Einbrecher die Kasse zu erbrechen. Das Geschäftspersonal überfallte sie dabei und nun begann eine aufregende mehrstündige Jagd auf die mit Revolvern bewaffneten Einbrecher, an der sich dann auch die benachrichtigte Polizei beteiligte. Die Einbrecher kletterten auf das Dach und suchten nach der Lintenstraße 240 zu entkommen, wobei ihnen aber der Schnee sehr hinderlich war. Schließlich wurde auch die Feuerwehr gerufen. Nun blieb den Spitzhunden nichts anderes übrig, als sich zu ergeben. Sie kamen vom Dach herab und wurden nach dem Polizeipräsidium geschafft.

Für Schachspieler von Interesse war die Veranstaltung, die der Arbeiterklub am Bußtage im Gewerkschaftshause arrangiert hatte. Mehr als 100 Personen hatten sich eingefunden und der Saal 8 reichte nicht aus, um die erforderliche Zahl Bretter aufzu- stellen. Mit Mühe und Not konnten nur 46 Spieler platziert werden, die übrigen mußten sich mit der Aktivrolle begnügen. Von 46 Spielern (darunter 10 Mitglieder des Klubs) haben 28 die Partie verloren (darunter 6 Mitglieder des Klubs), 2 blieben unentschieden und 6 wurden gewonnen (darunter 3 Mitglieder des Klubs).

Der Gesangsverein „Liedesfreiheit Nr. 1“ (M. d. A. S. O.) bezieht am Sonntag, den 21. d. M., unter Leitung seines Chormeisters E. Thiel sein 40. Stiftungsfest, bestehend aus vollständigem Konz- ert und Instrumentalkonzert unter Mitwirkung des Wagnerischen Konzertorchesters.

Ein Buch, enthaltend Verbandsmarken des Zentralverbandes der Maurer, ist am Sonnabend, den 13. d. M., abends, in der Nieder- baumstraße verloren gegangen. Der Finder wird gebeten daselbe bei Niebe, Voghagener Chaussee 4, oder im Verbandsbureau, Engel- ufer 15, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Der erste Teil der Sitzung wurde mit Wahlen ausgefüllt und zwar wurde nach der Wahl einiger Waisen- räte und eines Armenkommissars die Wahl der Kommission zur Vorberatung der Vorlagen des Magistrats betreffend die Regelung der Besoldungsverhältnisse der Lehrpersonen an den hiesigen Volks- und höheren Schulen sowie der Beamten vorgenommen. Bekannt- lich war von unseren Genossen im Wahlausdruck beantragt worden, diese Kommission bereits in der vorigen Stadtverordnetenversamm- lung zu wählen, damit die Vorlage noch vor den Stadtverordnetenwahlen hätte erledigt werden können. Dadurch wäre es den Beamten und Lehrern möglich gewesen, ihre Freunde kennen zu lernen und bei der Wahl entsprechend zu handeln. Dies wurde jedoch von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Aber schon die Zusammenkunft der Kommission sollte den Lehrern und Beamten die Augen öffnen, um zu sehen, wohin der Kurs führt. Unsere Genossen hatten be- antragt, eine bereits früher aus Anlaß der Schaffung neuer Lehrstellen gewählte Kommission wiedergewählen. Den Herren à la Schachtel jedoch war diese Kommission nicht genehm, da man einige der bürgerlichen Herren, die verschiedentlich liberale An- scheinungen vertretten hatten, ausmerzen wollte. Die neue Zu- sammensetzung der Kommission bringt dies denn auch unterhoben zum Ausdruck, man hat nämlich anstelle dieser Herren tatsächliche Vertreter des schwarz-blauen Blokes hineingewählt. Zum Ueber- fluss hat man die erste Sitzung dieser Kommission erst am 24. d. Mts. anberaumt, also nach den Wahlen, dann kann man sich gehen lassen. Es wird nun abzuwarten sein, ob die Beamten- und Lehrerschaft fähig sein wird, dies durchsichtige Spiel zu durchschauen, oder ob man sich durch einige Phrasen und Versprechungen wieder wird einfangen lassen, um nach der Wahl mit Stochschlägen auf den Wagen belohnen zu werden. — Ferner wurde beschloffen, auf dem früher Dotzischen Gelände eine höhere Anstalt zu errichten und die hierfür notwendigen Baukosten in Höhe von 770 000 M. aus Anleihemitteln bewilligt. Der folgende Punkt der Tagesord- nung: Erloß einer Friedhofsordnung, führte eine längere Debatte herbei. Die zur Vorbereitung eingesetzte gemischte Kommission hatte beantragt, in der Friedhofsordnung die Bestimmung aufzu- nehmen, daß in der Reichenhaller Valenreden gehalten sind. Im Plenum jedoch hatten Bürgerliche dagegen Bedenken, da sie befürch- teten, hierdurch die glatte Abfertigung der Reichenhangergräber zu gefährden. Trotzdem von unseren Genossen darauf hingewiesen wurde, daß bereits jetzt so verfahren würde und sich keinerlei Miß- billigkeiten ergeben haben, lehnte die Mehrheit diesen Vorschlag ab und beauftragte sich nur zu dem Zugeständnis, daß Reichenhanger, welche länger als ¼ Stunde dauern sollen, 24 Stunden vorher beim Friedhofsinspektor angemeldet werden müssen. — Die bereits in der vorigen Sitzung beantragten Mehrkosten für die Turnhallen- bauten in der Müllendorfer- und Siegfriedstraße waren auch in dieser Sitzung, nachdem sich der Rechnungsausschuß damit beschäftigt hatte, Gegenstand der Verhandlung. Die beiden Turnhallen sind

Bekanntlich von dem Baumeister und jetzigen Stadtverordneten Sommerform ausgeführt. Beim Bau in der Röllendorfsstraße sind nun dort Lagernde, der Stadt gehörige Klottersteine gestohlen und mit zum Bau der Turnhalle verwendet worden. Nachdem dies der Stadt bekannt geworden war, stellte sie Strafantrag gegen den Bauherrn Sommerform. Da es jedoch nunmehr durch Jugendvernehmung nicht mehr möglich war, den eigentlichen Schuldigen festzustellen, mußte das Verfahren eingestellt werden. Lediglich ein für Rechnung Sommerforms gestellter Wächter mußte darauf achten, daß dies in Zukunft nicht mehr vorkomme. Jetzt stellte es sich aber heraus, daß Herr S. mit dem ihm auf Grund einer Submission geforderten Preis nicht auskomme und zwar verlangte S. die Kleinigkeit von 21412,88 M. nachbezahlt mit der Begründung, daß er bei der Länge der Ausschreibung nicht in der Lage war, sich genügend zu informieren. Das von ihm angerufene Schiedsgericht trat dieser Ansicht bei, erkannte jedoch die von der Stadt zu zahlenden Mehrkosten an S. nur in der Höhe von 1194,58 M. an. Weiter beantragte S., daß ihm vom Tage der Ablehnung der Mehrforderungen die ihm zuerkannte Summe mit 5 Proz. unter vierteljährlicher Berechnung von Zins auf Zinseszins zu verginsen sei, auch das würde ihm zugesprochen. Als unetere Genossen in der Sitzung diese Sachlage feststellten, suchte Herr Sommerform Freund, der Rechtsanwalt Schachtel, durch Anpödelungen unserer Genossen den für die bürgerlichen Stadtverordneten recht peinlichen Eindruck zu verwischen. Hervorgehoben zu werden verdient, daß sich der Stadtverordnete Sommerform trotzdem noch erlauben durfte, ohne vom Stadtverordnetenvorsteher zurückgewiesen zu werden, durch verulemderische Zwischenrufe den Genossen Brauer zu beleidigen. Dem Installateur G. E. Scholz wurden die Bürgermeistergebühren in Höhe von 800 M. auf seinen Antrag hin bewilligt. Dagegen wurde beschlossen, einen Regierungsbaumeister oder Diplomingenieur für Tiefbau mit einem Anfangsgehalt bis zu 4500 M. anzustellen. Unsere Genossen hatten hierbei beantragt, daß, wenn eine solche Stelle notwendig sei, man gleich ganze Arbeit machen und einen der Stadtverordnetenversammlung verantwortungsvollen Bauart für Tiefbau anstellen solle. Dies wurde jedoch abgelehnt, offenbar aus der Befürchtung, daß bei der Verhärterung des Magistrats mit kennntzreichen besoldeten Mitarbeitern das Licht der auf allen Gebieten sachverständigen Stadträte, wie beispielsweise des Herrn Tiedtke, nicht mehr voll leuchten könne. Beschlüssen wurde ferner, für die städtischen Werke einen selbständig arbeitenden kaufmännischen Buchhalter mit einem Jahresgehalt von 3600 M. anzustellen. Diese Anstellung ist eine Folge der von unseren Genossen anlässlich der Debatte über die Zustände auf dem Elektrizitätsnetz geforderten geordneten Buchführung. Eine Vorlage betreffend die Einteilung der Wassergebiete für die künftigen Ersatzwahlen der Weisheit für das Gewerbegebiet wird angenommen. Die Einteilung selbst werden wir im Frühjahr nächsten Jahres, wenn die Ersatzwahlen stattfinden, veröffentlichen. Dem Rater Büstemann, welcher die Stadt auf Zahlung einer Provision von 662,50 M. verklagt hat, werden mit dessen Zustimmung vergleichsweise 500 M. gezahlt und der Hälfte der bis jetzt entstandenen Gerichtskosten.

Ein Groß-Lichtenberg? Einer offiziellen Einladung der Gemeindeverwaltung von Vorhagen-Kummelsburg folgend, hat die von der Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Eingemeindungskommission in ihrer Sitzung vom Dienstag u. a. sich mit der Frage der Schaffung eines Groß-Lichtenberg beschäftigt. Einstimmig erklärte sich die Kommission grundsätzlich mit dem Vorschlage, in Gemeinschaft mit den Landgemeinden Vorhagen-Kummelsburg und Stralau ein Groß-Lichtenberg zu bilden, einverstanden und beschloß, die beteiligten Gemeinden zu sofortigen Verhandlungen einzuladen. Auch soll mit Berlin verhandelt werden zu dem Zwecke, in dem jetzigen Vorhagener Ortsteil Kummelsburg eine günstige Veränderung der Gemeindegrenze des zukünftigen Groß-Lichtenberg zu erreichen. Nach den gemachten Mitteilungen ist von den Zentralbehörden eine Förderung des Planes zu erwarten.

Die Versammlung des blau-schwarzen Blocks, die am letzten Montag hinter verschlossenen Türen tagte, war ein richtiger Kuddelwuddel von ultramontanem Antisemitismus und semitischem Ultramontanismus. Des Teutonen Nledge und des sich gern orthodox jüdisch aufspielenden Herrn Schachtel als Redner dieses schändlich machenden Verbrüderungsummelts haben wir schon gewürdigt. Der Zentrumsführer Thau ließ mehrere Male sein Vaterland Lichtenberg rettendes Geisteslicht leuchten. Nachdem er die wegen des Andranges, — der ausgeblieben war, auf 8 1/2 Uhr anberaumte Versammlung kurz vor 9 1/2 Uhr eröffnet hatte, verlagte er sie wieder, weil noch kein Referent angekommen sei. Nach Wiedereröffnung betrat er selbst die Rednertribüne, bei den im Reichstagsverdrängten Blochbüchern Herz und Hand zum Kampfe wider die Sozialdemokratie an — und in den Armen lagen sich Schnapsblöcker und Brandstückerinteressenten. Ein Schaulpiel für Götter! Dann tobte man in trauter Gemeinschaft über den Terrorismus der Sozialdemokratie und empfahl den zusammengetrommelten Post- und Eisenbahnbeamten, am Wahltag als Schlepper für die Kandidaten des Lichtenberger Schnapsblocks tätig zu sein; wenn es nicht anders gehe, müsse man die säumigen Wähler beim Genick nehmen und heranschleppen. Das ist schnapsblöckerischer Geistesanfang der Grundstückerkandidaten! Schließlich kam der ultramontane Redakteur Steinbrinck an die Reihe. Er führte sich ein mit der Bemerkung, er komme zwar ein bißchen spät, dafür aber auch von einem Festkommers, weiter sei er allerdings für die ihm zugemutete Leistung nicht vorbereitet. Aber es genüge! Aus dem ihn bewegenden Gefühl sprach er nur von dem — inneren Feinde, der besiegelt werden müsse. Dazu mühten alle Blodgenossen zusammenhalten. Die glorreiche Rede war zu Ende. — Unsere Genossen werden dafür sorgen, daß die Schnapsblöcker bei der Wahl ebenso glorreich abschneiden.

Schöneberg. Jugendausbildungsausschuß. Heute Abend findet bei Pöschmann Vorderstr. 9, der letzte Vortragsabend statt.

Für die am Sonntag, den 21. November, abends 8 Uhr, von der Stadt in der Aulo Brögiger Straße 48/49 veranstaltete Schillerfeier werden heute Abend für die Jugendlichen Boni zu dem ermäßigten Preise von 15 Pf. ausgeben, die dann gegen Willetts in der Paraispedition Martin-Luther-Str. 51 eingetauscht werden können.

Wesern nachmittag 3 Uhr entließ die Haupt- und Mühlstraße Ede, direkt über der Baugrube der dort vorgenommenen Kanalisationsarbeiten, ein Wagen der Straßenbahn. Als ein großes Bild ist es zu betrachten, daß der vordere Teil des Wagens noch über die Brücke hinweg kam, sonst wäre der ganze Wagen mit den Insassen in die Grube gesürzt; so kam nur der hintere Teil des Wagens zum Hängen; die Passanten blieben unverletzt.

Wilmerdorf-Galensee. Sonntag, den 21. November findet eine öffentliche Dienstreifenvermittlung des Verbandes der Hausangehörten im Luisenpark statt. Die Paraisgenossen werden gebeten, in Verwandten- und Bekanntenkreisen für guten Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Kummelsburg. In der letzten Gemeindevertreterversammlung kam es mehrmals zu recht erregten Debatten. Gleich beim ersten Punkt der Tagesordnung: „Einrichtung von Schulgärten“, gerieten unsere Genossen mit den Herren vom Gemeindevorstand und einigen Getreuen der Fraktion Leppelt-Stiebly, hart aneinander. Trotzdem der Gesamtaufwand für die geplanten Schulgärten nur auf 700 M. veranschlagt worden ist, konnten die Mitglieder des kollegialen Gemeindevorstandes eine Einigung unter sich nicht erzielen; es

wurde die Sache daher der Gemeindevertretung ohne ein offizielles für oder Wider zur Entscheidung vorgelegt. Der ablehnende Standpunkt der Leppeltgenossen gipfelte im Grundton darin, daß einen solchen Luxus wie Schulgärten für Volksschulen die Gemeinde Kummelsburg sich nicht leisten könnte. Der unvermeidliche Herr Leppelt, welcher den Befähigungsnachweis als Abenteurer für den demnächst freizuerwerbenden Schöffensessel in Bereitschaft mehr als ausreichend gemacht hat, verwarf seine ablehnende Abneigung gegen die Schulgärten damit zu demanteln, daß nach seiner Ansicht kein passendes Gelände für diesen Zweck vorhanden sei. Nachdem unsere Vertreter warm für die Einrichtung von Schulgärten eingetreten waren und gleichzeitig in gebührender Weise den echt spielbürgerlichen, engherzigen Standpunkt der betreffenden bürgerlichen Vertreter gekennzeichnet hatten — fand der Antrag unseres Vertreters John, 700 M. zur Einrichtung von Schulgärten zu bewilligen — mit Mehrheit Annahme. Die in der letzten Gemeindevertreterversammlung verabschiedete Abnahme der Abrechnung über die Regulierung der Hauptstraße, Markt- und Sadowastraße und des Markgrafenendamms, sowie die Abnahme der Abrechnung über die Erweiterung des Wasserwerkes und die Entlastung der Jahresrechnung für 1907, fand Zustimmung, nachdem von den einzelnen Ausschüssen die erforderlichen Prüfungen stattgefunden haben — einstimmig statt. Nachdem die Mittel zur Ausstattung einer Seminarhalle bewilligt und der Gründung einer neuen Oberlehrerstelle am Realgymnasium zugestimmt worden war, wurde unter Verchiedenem von unseren Genossen beantragt, nachträglich folgenden Wust als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu setzen: Die Gemeindevertretung möge beschließen, daß das bisherige Spielplatzgelände zu den vom Berliner Magistrat gestellten Bedingungen weiter gepachtet wird. Nachdem unsere Genossen die Dringlichkeit ihres Antrags begründet hatten, wandte sich Schöffle Stiebly in einer recht ungemessenen Form gegen die Anerkennung der Dringlichkeit. Die von unseren Vertretern hierzu beantragte namentliche Abstimmung ergab dann aber doch von 25 Abstimmenden 13 Stimmen für die Dringlichkeit. Der Antrag selbst zeitigte nunmehr eine ziemlich erregte und in scharfer Weise geführte Debatte. Der bisherige Verlauf der leiblichen Spielplätze dürfte den „Bormärts“ Leppelt wohl noch aus den letzten Berichten aus der Gemeindevertretung in Erinnerung sein — durch die Vermittlung Berliner Stadtverordneten, welche von unseren Kummelsburger Vertretern in dieser Sache angeregt worden waren, ist die Angelegenheit insofern in ein neues Stadium getreten — als der Berliner Magistrat durch diese Fürsprache Veranlassung genommen hatte, der Gemeinde Kummelsburg das Spielplatzgrundstück zu den bekannten Bedingungen (Zahlung einer Miete in Höhe der jeweils für dieses Grundstück erhobenen Grundsteuer) nochmals zur Verfügung zu stellen. Unsere Genossen begründeten in ausführlicher Weise ihren Antrag und wiesen besonders auf den für die Gemeindevertretung beschämenden Eindruck hin, den die Ablehnung des Antrages zweifelsohne bei allen sozial und vernunft denkenden Einwohnern hervorrufen muß. Weiter betonten unsere Redner, daß der mehr als rückständige Standpunkt des kollegialen Gemeindevorstandes in dieser Frage wie auch der hornnächste Standpunkt der Berliner Grundbesitzers-Deputation nur allein als eine Folge der leider zwischen beiden Verwaltungen zum Schaden beider Gemeinden herrschenden gespannten Verhältnisse zurückzuführen sei. Die Wortführer der Fraktion Leppelt u. Co., die Herren Stiebly und Leppelt, witterten zwar in arger Manier gegen den Antrag unserer Genossen, konnten aber nicht verhindern, daß der Antrag in namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 11 Stimmen zur Annahme gelangte. Beschlossen stimmte die Leppeltische Garde dagegen. Leider auch hierbei aber auch insinuiert worden, daß sich allem Anscheine nach auch der Bürgermeister Dr. Pohn von der Fraktion Leppelt u. Co. das Szepter immer mehr aus der Hand nehmen läßt. Erklärte doch der Bürgermeister, daß — trotz seines Unverständnis mit dem Antrage — er sich der Abstimmung enthalten werde, was denn auch geschah. Hätte nicht ein Leppeltischer Vertreter vorzeitig die Sitzung verlassen müssen, so wäre durch die Stimmenthaltung des Bürgermeisters der Antrag gefallen. Auch lächelten die Leppeltischen in der Verlor des Abgeordneten Röhrer noch eine besondere Stütze gefunden zu haben. Zum Schluß interpellierte Genosse Müller den Gemeindevorstand betreffs seiner Stellung zur Arbeitslosenfürsorge und Speisung von Schulkindern für den nahen Winter. Der Bürgermeister erklärte hierzu, daß behufs Speisung von Schulkindern mit dem Verein für Volkskinder von 1898, welcher bereits im letzten Winter die Speisung übernommen hatte, wieder in Unterhandlung eingetreten sei. Betreffs der Arbeitslosenfürsorge (Versicherung) sei seines Wissens von Berlin auf die vorjährige Anfrage noch keine Antwort eingegangen. Wegen etwaiger Rechtsansprüche werde er die Kommission in nächster Zeit zu einer Sitzung laden.

Trebbin (Kreis Teltow).

Auf zur Stadtverordnetenwahl!
Arbeiter, Parteigenossen! Am Montag, den 22. November, vormittags von 8-10 1/2 Uhr, hat die III. Abteilung zwei Vertreter zu wählen. Es gilt diesmal endgültig die III. Abteilung für uns zu gewinnen; tue ein jeder seine Pflicht und trete für die sozialdemokratischen Kandidaten ein. Laß sich niemand durch die große Stille im bürgerlichen Lager sowohl wie auch durch die Gerüchte, es seien keine Gegenkandidaten aufgestellt, in Sicherheit wiegen. Erfahrungsgemäß arbeiten die Bürgerlichen um so intensiver im geheimen. Die Gegner verlieren begriffschwermere nicht gerne das letzte, bis jetzt noch innegehabte Mandat. Arbeiterwähler! Opfer auch diesmal die Zeit für die Wahl, um den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen.
Am Sonntag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Schützenhaus (W. Fromm), eine große öffentliche Kommunalwählerversammlung statt. Erscheine jeder in der Versammlung; vielleicht sieht da die bürgerliche Parole schon etwas anders aus! Auch gibt schließlich die vom Magistrat beantragte neu einzuführende Grundsteuer guten Diskussionsstoff.

Königs-Wasserhausen und Wildau.

In einer hiesigen Volksversammlung bei Weßhorn (altes Schützenhaus) sprach Genosse Adolf Hoffmann über: „Das Christentum von heute.“ Die Versammlung gestattete sich dadurch besonders interessant, daß eine Anzahl Pastoren und Lehrer der schweidischen Einladung, in der Versammlung zu erscheinen, nachgekommen waren. Nachdem Hoffmann unter großem Beifall mit seinem Referat geendet hatte, ergriff der Superintendent Herr Schmidt das Wort, der sich zunächst gegen die Behauptung Hoffmanns, die Geistlichen bezögen oft Gehälter bis zu 14000, ja sogar bis 18000 M. bezwahrte; ihm sei von solchen Gehältern nichts bekannt. Im übrigen könne der Reich ohne Religion nicht leben. Das Sittengesetz von Gott sei in den zehn Geboten enthalten. Der nächste Redner, Herr Pastor Hirschberg-Wildau, hält im Gegensatz zu Hoffmann das Christentum nicht für eine Last; sondern eine Friedensfrage. Religion heiße nicht anderes, als die Seele mit Gott vereinigen. Er lade den Referenten ein, im nächsten Jahre in der in Wildau neu erbauten Kirche sich einmal eine Predigt anzuhören. Des weitern beteiligte sich an der Diskussion noch der Pastor von Pentzen und der Rektor Herr Rothe aus Königs-Wasserhausen. Der erstere gab seiner Verwunderung über die Höhe der Versammlungsbesucher Ausdruck. Bisher habe er nur immer gehört, die Versammlungen der Sozialdemokraten seien bloße Redauversammlungen. Der letztere verwarf den Referenten zu widerlegen. Er jedoch wie auch alle anderen Diskussionsredner wurden im Schlusswort glänzend ad absurdum geführt. Mit einer kräftigen Aufforderung des Vorsitzenden Genossen Kaiser an die Versammelten, aus dem Vortrage die Konsequenzen zu ziehen und der Kirche den Rücken zu kehren, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Tegel.

Der Gemeindevertreterversammlung vom 15. November lag der schon zweimal vertagte Entwurf einer neuen Umsatz- und Wertzuwachs-Steuerordnung vor, welcher wiederholt vom

Steuerausschuß beraten war und Hinterziehungen verbieten soll. Dem Steuerausschuß lag folgender Antrag unserer Genossen vor: „Wird die Zahlung der Wertzuwachssteuer nach dem Vertrage vom Käufer übernommen, so gilt als Verkaufspreis derjenige Betrag, der nach Abzug der nach ihm berechneten Steuer den von den Parteien angegebenen Kaufpreis ergibt.“ Dieser Antrag war nun durch folgende, dem Steuerausschuß schon im ersten Entwurf vorgelegte Bestimmung ersetzt: „Ist dem Erwerber die Zahlung der Wertzuwachssteuer durch den Verkäufer auferlegt worden, so erhöht sich der steuerpflichtige Wertzuwachs um den Betrag der Wertzuwachssteuer. Dem Erwerber, der die Zahlung der Steuer übernommen hat, ist der Betrag derselben im Falle der späteren Weiterveräußerung bei Ermittlung des Wertzuwachses abzugerechnen.“ Diese Bestimmung wurde von der bürgerlichen Majorität als eine „Beschränkung der Vertragsfreiheit“, als „eine Steuer auf die Wertzuwachssteuer“ bekämpft und gegen die Stimmen unserer Genossen, sowie eines Schöffens abgelehnt. Dem „legalen Grundstückshandel“ ist damit in Tegel der Weg gewiesen, wie man Gemeinde, Kreis und Steuerfiskus durch „Vertragsfreiheit“ bemogelt. Der ganze Entwurf wurde nach zweifelhafter Beratung angenommen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zum Verlehrsverhande Groß-Berlin“ lag von der in der letzten Sitzung gewählten besonderen Kommission folgende Resolution vor, die der Stadt Berlin und dem Kreis-Landrat (!) zugestellt werden soll: „Die Gemeinde Tegel steht im Prinzip dem Verlehrsverhande verbande und der allgemeinen Aktion freundlich gegenüber, weil die Ueberzeugung besteht, daß die Verlehrsverbände Groß-Berlins den Ansprüchen nicht genügen. Tegel würde die weitere Entwicklung entsprechend im Auge behalten, müsse den Beitritt aber davon abhängig machen, daß die beschriebenen Vororte sich dem Verlehrsverbande angeschlossen.“ Zu letzterem Zwecke soll sich der Gemeindevorstand mit diesen in Verbindung setzen. Einstimmig wurde zugestimmt. — Zum Schluß wurden dem Gefühlsgeleit-Berein 60 M. gegen die Stimmen unserer Genossen überwiesen. Unsere Genossen vertraten die Meinung, daß das Geld besser für die am Orte vorhandenen zahlreichen Armen verwendet werden sollte. Der Bürgermeister aber sagte: „Es gibt auch solche, die nicht genug bekommen können!“ Da soll er recht behalten!

Vermischtes.

Vom Zug überfahren und getötet.

Einer amtlichen Meldung aus Königsberg i. Pr. zufolge überfuhr am 16. d. M. der Personenzug 833 gegen 5 1/2 Uhr nachmittags in Kilometer 39,130 an dem unbewachten Übergang der Kreuzung der Strecke Kruglanken-Warggrabowa mit der Chaussee Widminnen-Warggrabowa das Fuhrwerk des Händlers (Bisener) Samuel Brojinski aus Markarten (Kreis Sendburg), wobei der Besitzer des Fuhrwerks getötet wurde. Der mit ihm fahrende Händler Florian aus Waniglaunen (Kreis Niederung) wurde schwer verletzt und kurz Zeit nach der Aufnahme im Krankenhaus Warggrabowa. Beide Pferde wurden getötet und der Wagen zertrümmert. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint es, daß der Unfall auf die Unachtsamkeit des Fuhrwerkführers zurückzuführen ist.

Fünf Arbeiter getötet. Infolge Platzens eines Dampfzylinders wurden nach einer Meldung aus Brindisi auf einem Schleppe-dampfer in der Nähe von Torre Cavallo fünf Arbeiter getötet.

Fisgang auf der Wolga. Die Eisenbahndirektion Breslau teilt mit: Wegen des bevorstehenden Fisgangs ist zunächst der Transport von Kaffensägern und Sägemehl aussergewöhnlichen Gewichtes über die Wolga bei Jaroslavl eingestellt worden.

9674 Mark unterschlagen. Einer Meldung aus Bremerhaven zufolge ist der Kassenrentner Häbner der Allgemeinen Ortskrankenkasse nach Unterschlagung von 9674 Mark flüchtig geworden. Durch Kaution und Pfand sind 8135 Mark gedeckt. Häbner gehörte keiner politischen Partei an.

Eine Möbelfabrik vom Feuer zerstört. In Wilhelmsburg bei Harburg a. S. ist die W. Krebs'sche Möbelfabrik total eingeeicht worden. Das Feuer entstand im Kesselhaus. Etwa 60 Arbeiter und Holzarbeiter sind betroffen.

Gestrandet. Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet: Der schwedische Dampfer „Koster“, Kapitän J. A. Linde, von Gothenburg nach Danzig mit Passagieren unterwegs, ist gestern nachmittags unterhalb Heisterneck gestrandet. Zehn Personen, darunter eine Frau, wurden gerettet. Eine Frau und ein Mann sind ertrunken. Der Kapitän selbst befindet sich noch lebend an Bord.

Die Cholera. Einer Meldung aus Königsberg i. Pr. zufolge ist bei einer vor einiger Zeit in der Cholerabarade in Polakna isolierten weiblichen Person aus der Kolonie Wisnarsch (Kreis Heidekrug) jetzt Cholera bakteriologisch festgestellt worden.

Kunstlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Futur laut, Geschäft ruhig, Preise für Roh- und Schmelzmetalle anziehend. Bild: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft sehr lebhaft, Preise bedeutend. Metall: Zufuhr knapp, Geschäft reger, Preise hoch. Rische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise anziehend. Butter und Eier: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säbfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 18. November 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C
Zimmende	762.00	4 wolkig	3	5.0	Laparanda	762.20	bedeckt	—	10
Namburg	765.8	4 wolkig	1	5.0	Petersburg	771.0	1 wolkig	—	11
Berlin	761.0	2 halb bh.	0	5.0	Scilla	759.0	3 wolkig	3	5
Frankfurt	761.0	4 wolkig	8	5.0	Aberdeen	770.0	1 wolkig	—	6
München	769.0	4 bedeckt	—	5.0	Wars	769.0	4 wolkig	0	0
Wien	765.0	2 bedeckt	0	—	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Freitag, den 19. November 1909.

Etwas kühler, vielach heiter, aber noch veränderlich mit leichten Schneefällen und frischen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 11. 1909	am 18. 11. 1909	Wasserstand	am 17. 11. 1909	am 18. 11. 1909
Berlin, Mühl	117	— 2	Saale, Großh.	163	— 11
Bregel, Jüterburg	118	— 2	Elbe, Sanden	66	— 5
Bielitz, Tüben	115	— 14	Havel, Sanden	—	—
Ober, Rathor	167	+ 7	Spre, Forstberg	62	+ 4
Rochow	107	0	Beetow	60	+ 2
Brandenburg	118	0	Weser, Minden	24	— 0
Weser, Schwinn	40	+ 2	Weser, Minden	—	—
Weser, Landsberg	— 1	+ 3	Weser, Kamillienbau	—	—
Weser, Borsdamm	— 7	+ 6	Weser, Sand	158	+ 5
Weser, Leimern	—	—	Weser, Sand	—	—
Weser, Dresden	—	—	Weser, Seebrom	205	+ 168
Weser, Borsd	114	+ 4	Weser, Wertheim	206	+ 18
Weser, Plogsb.	—	—	Weser, Lütz	—	—

) + bedeutet Sturz. — Boll. — *) Unterpost.
Im oberen Regal bei Jüterburg herrscht heftiges Grundwasser, der Regal hat mittelgrobes Hochwasser, auch die Weser ist erheblich angeschwollen.

